



# Grundlagen der Bürgerbeteiligung

Materialsammlung

für die Allianz Vielfältige Demokratie

zusammengestellt von Andreas Paust, Bertelsmann Stiftung

## Vorbemerkung

Diese Materialsammlung ist im Jahr 2016 entstanden im Auftrag des Arbeitskreises Qualität der Allianz Vielfältige Demokratie.

Die Materialsammlung gibt einen Überblick über die Bandbreite möglicher Antworten auf die folgenden Fragen:

- Was ist Bürgerbeteiligung? (Kapitel 1)
- In welchen Politikfeldern findet Bürgerbeteiligung statt? (Kapitel 2)
- Zu welchem Zweck gibt es Bürgerbeteiligung? (Kapitel 3)
- Wie lassen sich Bürgerbeteiligungsverfahren zusammenfassen und sortieren? (Kapitel 4)
- Welche Formen und Verfahren von Bürgerbeteiligung gibt es? (Kapitel 5)
- Welche sozio-kulturellen Unterschiede lassen sich bei der Bürgerbeteiligung feststellen? (Kapitel 6)
- Was ist gute Bürgerbeteiligung? (Kapitel 7)

Bei den Texten handelt es sich (bis auf wenige Ausnahmen) um unveränderte Zitate aus den jeweils genannten Quellen.

Es werden möglichst Texte zitiert, die online erhältlich sind. Die jeweiligen Internetadressen finden sich im Literaturverzeichnis; sie können – in der pdf-Fassung – direkt aus dem Text aufgerufen werden.

Die Materialsammlung beschäftigt sich im Wesentlichen mit der sogenannte „informelle Bürgerbeteiligung“ (siehe Definition unter 1.3).

Sie ist weder vollständig noch abschließend.

### **Dr. Andreas Paust**

Project Manager  
Programm Zukunft der Demokratie

### **Bertelsmann Stiftung**

Carl-Bertelsmann-Straße 256 | 33311 Gütersloh | Germany  
Telefon: +49 5241 81-81425 | Fax: +49 5241 81-681425  
E-Mail: [andreas.paust@bertelsmann-stiftung.de](mailto:andreas.paust@bertelsmann-stiftung.de) | [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Die Bertelsmann Stiftung ist eine selbstständige Stiftung des privaten Rechtes im Sinne von Abschnitt 1 des Stiftungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Gütersloh. Zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bezirksregierung Detmold.  
Stifter: Reinhard Mohn  
Vorsitzender des Kuratoriums: Prof. Dr.-Ing. Werner J. Bauer  
Vorstand: Aart De Geus (Vors.), Liz Mohn (stv. Vors.), Dr. Jörg Dräger, Dr. Brigitte Mohn

**Inhalt**

<b>1. Verständnisse und Definitionen von Bürgerbeteiligung</b> .....	4
1.1 Ausgewählte Definitionen von „Bürgerbeteiligung“.....	4
1.2 Adjektive, die in Verbindung mit „Bürgerbeteiligung“ verwendet werden.....	5
1.3 Formelle und informelle Bürgerbeteiligung.....	5
1.4 Alternativ verwendeter Begriff „Einwohnerbeteiligung“.....	6
1.5 Alternativ verwendeter Begriff „Öffentlichkeitsbeteiligung“.....	6
1.6 Weitere Adjektive in Verbindung mit „Öffentlichkeitsbeteiligung“.....	7
1.7 Abgrenzung der Begriffe „Bürgerbeteiligung“ und „Öffentlichkeits-beteiligung“.....	7
1.8 Alternativ verwendeter Begriff „Partizipation“.....	7
1.9 Abgrenzung der Begriffe „Bürgerbeteiligung“ und „Partizipation“.....	8
1.10 E-Partizipation und Online-Beteiligung.....	8
1.11 Weitere verwandte und abgeleitete Begrifflichkeiten.....	9
1.12 „Spaces“ der Bürgerbeteiligung.....	9
<b>2. Kontexte mit dem Begriff „Bürgerbeteiligung“</b> .....	10
<b>3. Zwecke von Bürgerbeteiligung</b> .....	11
3.1 Mögliche Zwecke, Folgen, Nutzen, Vorteile und Effekte von Bürgerbeteiligung:.....	11
3.2 Partizipationsverständnisse.....	13
3.3 Zuordnung von Zwecken zu Funktionsdimensionen.....	14
<b>4. Kategorisierungen und Typologisierungen von Bürgerbeteiligungsverfahren</b> .....	15
4.1 Verschiedene Partizipationsleitern und –stufen.....	15
4.2 Zuordnungen einzelner Bürgerbeteiligungsverfahren zu den Beteiligungsstufen.....	17
4.3 Ausgewählte Kategorisierungen von Bürgerbeteiligungsverfahren.....	18
4.4 Ziele von Bürgerbeteiligung und passende Methoden.....	19
4.5 Kategorisierung von Beteiligungsverfahren nach Strukturierungsgrad und Teilnehmerauswahl.....	20
4.6 Kategorisierungen nach Beteiligungsbreite (Teilnehmerzahl) und Beteiligungstiefe (Einfluss).....	20
4.7 Bürgerbeteiligungsverfahren im Blickwinkel verschiedener Demokratiekonzepte.....	21
4.8 Ziele und Beteiligungsversprechen von Partizipationsmaßnahmen.....	22
<b>5. Formen, Verfahren und Methoden von Bürgerbeteiligung</b> .....	23
Zusammenstellungen von Methoden/Verfahren in Datenbanken und Sammlungen.....	23
<b>6. Sozio-kulturelle Differenzierungen bei der Bürgerbeteiligung</b> .....	24
6.1 Einflussfaktoren politischer Partizipation.....	24
6.2 Bildung und Partizipationsverhalten.....	24
6.3 Unterschiedliche Beteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppen.....	25
6.4 Übersicht über schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen.....	26
<b>7. Was ist gute Bürgerbeteiligung</b> .....	27
7.1 Fünf Qualitätsdimensionen/Qualitätsbereiche.....	27
7.2 Terminologien.....	29
7.3 Partizipatorisches Hexagon.....	29
7.4 Sammlung von Qualitätskriterien aus Kommunen, Ländern, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Praxis.....	30
<b>8. Literatur / Internetquellen</b> .....	45

# 1. Verständnisse und Definitionen von Bürgerbeteiligung

## 1.1 Ausgewählte Definitionen von „Bürgerbeteiligung“

Definition	Autor
Als Bürgerbeteiligungsverfahren sind <b>kommunikative Prozesse</b> gemeint, in denen <b>Personen, die qua Amt oder Mandat keinen Anspruch auf Mitwirkung an kollektiven Entscheidungen haben, die Möglichkeit erhalten, durch die Eingabe von Wissen, Präferenzen, Bewertungen und Empfehlungen auf die kollektiv wirksame Entscheidungsfindung direkten oder indirekten Einfluss zu nehmen.</b>	<i>Renn (in Hilpert 2011)</i>
Der Begriff »Bürgerbeteiligung« wird (...) gemäß der in der Politikwissenschaft verbreiteten Definition von Max Kaase genutzt, d.h. als <b>Bezeichnung von Handlungen und Verhaltensweisen, die Bürgerinnen und Bürger freiwillig und mit dem Ziel verfolgen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politisch-administrativen Systems zu beeinflussen.</b>	<i>Nanz / Fritsche (2012)</i>
Bürgerbeteiligung bedeutet die <b>Möglichkeit aller betroffenen und interessierten Bürgerinnen und Bürger, ihre Interessen und Anliegen bei öffentlichen Vorhaben zu vertreten und einzubringen.</b>	<i>Amt der Vorarlberger Landesregierung (2010)</i>
(Bürgerbeteiligung ist die) <b>Teilhabe oder Mitgestaltung der Bürger an einem Planungs- und Entscheidungsprozess durch Information, Konsultation oder Kooperation</b> , wobei gesetzlich vorgeschriebene und darüber hinausgehende informelle Beteiligungsformen möglich sind.	<i>BMVI (2014)</i>
Bürgerbeteiligung umfasst <b>jede Form der Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in politische Entscheidungsprozesse</b> . Akteure in Beteiligungsprozessen können neben Bürgerinnen und Bürgern auch Kommunen, Länder, Bund wie auch wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure sein. Für die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern in Beteiligungsprozessen ist entscheidend, dass: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bürgerinnen und Bürger als solche einbezogen werden – und nicht ausschließlich »Funktionsträger« wie Experten, gewählte Repräsentanten oder Vertreter von Institutionen,</li> <li>• die Einbezogenen etwas beisteuern können – und nicht nur »Empfänger« sind,</li> <li>• das Verfahren von der Politik und/oder Verwaltung initiiert oder zumindest begleitet wird.</li> </ul>	<i>Beteiligungskompass.org</i>
Wir haben ein <b>breites Verständnis von Bürgerbeteiligung</b> und wir möchten über die ganze Spannweite diskutieren: <b>Beteiligungsverfahren gehören dazu, genauso wie Demonstrationen und ziviler Ungehorsam. Ebenso konstruktive Aktionen, bei denen etwas Neues geschaffen wird, wie auch freiwilliges Engagement, bei dem Ehrenamtliche in gemeinnützigen Einrichtungen, Vereinen und Initiativen mitarbeiten.</b>	<i>Bürgerbeteiligung in Köln (2012)</i>

## 1.2 Adjektive, die in Verbindung mit „Bürgerbeteiligung“ verwendet werden

konventionelle	Beteiligung an Wahlen, Mitgliedschaft in einer Partei oder deren Unterstützung, z.B. durch Spenden ( <i>Vetter 2014</i> )
unkonventionelle	hat einen mittleren bis geringen Legitimitätsstatus und ist zum Teil illegal (Hausbesetzungen, Proteste, Unterschriftenaktionen oder Boykotte) ( <i>Vetter 2014</i> )
mitgestaltende/ kooperative	findet im Vorfeld der eigentlichen politischen Entscheidungen statt und gibt den Bürgern die Möglichkeit, in unterschiedlichem Ausmaß ihre Interessen in administrative Planungs- und Vorbereitungsprozesse einzubringen ( <i>Vetter 2014, Heidelberg</i> )
strukturierte	[Begriff wird ohne Definition verwendet] ( <i>Gießen 2015, Potsdam 2014</i> )
kontinuierliche	findet über die Laufzeit des gesamten Projekts statt ( <i>BMVI 2014</i> )
crossmediale	bezieht sowohl Präsenzveranstaltungen auch Online-Aktivitäten ein ( <i>ZebraLog</i> ) [siehe auch unten: „Blended Participation“]
selbstbestimmte	„Bei der selbstbestimmten Bürgerbeteiligung mischen sich Menschen in den politischen Prozess ein, um ihre Interessen zu vertreten. Das geschieht unabhängig davon, ob die Politik der Bürger dazu aufgefordert haben – oder pointierter formuliert: unabhängig davon, ob den verantwortlichen Politikern eine Beteiligung am fraglichen Thema gerade gelegen kommt.“ ( <i>von Herrmann 2015</i> )
vorgegebene	„Die vorgegebene Bürgerbeteiligung findet nur statt, wenn sie den Politikern, die sie initiieren und vorantreiben, gelegen kommt. Thema und Art der Beteiligung sowie den Entscheidungsrahmen geben die Initiatoren fest vor – sie sind Herr des Verfahrens.“ ( <i>von Herrmann 2015</i> )

## 1.3 Formelle und informelle Bürgerbeteiligung

Begriff	Definition
<b>formelle Bürgerbeteiligung</b>	<p>Formelle Bürgerbeteiligung (auch: gesetzliche oder obligatorische (verpflichtende) Beteiligung) meint Bürgerbeteiligung, die gesetzlich vorgeschrieben ist (im Unterschied zur informellen oder freiwilligen Beteiligung). Solche Vorschriften gibt es beispielsweise für:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bauleitplanung</li> <li>• Raumordnungsverfahren</li> <li>• Genehmigungsverfahren</li> <li>• Landes- und Regionalplanung</li> <li>• Umweltverträglichkeitsprüfung.</li> </ul> <p>Bei diesen vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren sind die Beteiligten (z. B. Behörden, Träger öffentlicher Belange, betroffene Bürger/innen) ebenfalls vorgegeben. Auch der Zeitpunkt innerhalb des gesamten Planungsverfahrens steht zumeist fest. (<a href="http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Formelle_B%C3%BCrgerbeteiligung">http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Formelle_B%C3%BCrgerbeteiligung</a>)</p>
<b>informelle Bürgerbeteiligung</b>	<p>Zu den informellen Verfahren der Bürgerbeteiligung gehören alle Verfahren, die nicht gesetzlich geregelt sind. (<a href="http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Informelle_Verfahren_der_B%C3%BCrgerbeteiligung">http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Informelle_Verfahren_der_B%C3%BCrgerbeteiligung</a>)</p>

## 1.4 Alternativ verwendeter Begriff „Einwohnerbeteiligung“

Begriff	Definition
<b>Einwohnerbeteiligung</b>	<p>Der Begriff Einwohnerbeteiligung umfasst die möglichst <b>umfassende und frühzeitige Information</b> der Einwohner/innen sowie <b>unterschiedliche Formen</b>, mit denen sich die Einwohner/innen an Arbeits- und Entscheidungsprozessen der kommunalen Politik und der Verwaltung beteiligen können. (<a href="https://www.goettingen.de/staticsite/staticsite.php?menuid=1652&amp;topmenu=272">https://www.goettingen.de/staticsite/staticsite.php?menuid=1652&amp;topmenu=272</a>)</p> <p>(1) <b>Einwohner</b> der Gemeinde ist, wer in der Gemeinde seinen <b>ständigen Wohnsitz</b> oder <b>gewöhnlichen Aufenthalt</b> hat. (2) <b>Bürger</b> der Gemeinde ist, wer <b>zu den Gemeindewahlen wahlberechtigt</b> ist. (§11 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg)</p>
<b>Vorhabenbegleitende Einwohnerbeteiligung</b>	<p>Der Magistrat beteiligt die Einwohnerschaft in geeigneter Weise an ausgewählten Vorhaben, für die sich wegen ihrer Bedeutung oder aus anderen Gründen, beispielsweise aus Reaktionen auf die Vorhabenliste nach § 3, in einer Bürgerversammlung nach § 9 oder aus Bürgerbefragungen nach § 11 das Bedürfnis dazu gezeigt hat. (Gießen 2015)</p>

## 1.5 Alternativ verwendeter Begriff „Öffentlichkeitsbeteiligung“

Begriff	Definition
<b>Beteiligung der Öffentlichkeit</b>	<p>„Die Öffentlichkeit ist möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; ihr ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. Auch Kinder und Jugendliche sind Teil der Öffentlichkeit im Sinne des Satzes.“ (§ 3 Baugesetzbuch)</p>
<b>frühe Öffentlichkeitsbeteiligung</b>	<p>Die Behörde wirkt darauf hin, dass der Träger bei der Planung von Vorhaben, die nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf die Belange einer größeren Zahl von Dritten haben können, die betroffene Öffentlichkeit frühzeitig über die Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen, und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens unterrichtet. (§ 25 Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz), (auch verwendet in VDI2015, VwV 2013)</p>

## 1.6 Weitere Adjektive in Verbindung mit „Öffentlichkeitsbeteiligung“

förmliche (formelle)	Die Entwürfe der Bauleitpläne sind mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. (§ 3 Abs. 2 BauGB)
nicht-förmliche (nicht formelle)	Beteiligung der Öffentlichkeit nach der Antragstellung oder sonstigen Verfahrenseinleitung, die während eines Verwaltungsverfahrens ergänzend zur förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wird. (VwV 2013)
vorgelagerte	Vorerörterung im Vorfeld von Planfeststellungsverfahren (Wulfhorst 2013)
begleitende	Während der Genehmigungs- und Bauphase (VDI 2015)
nachlaufende	Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit durch den Vorhabenträger nach Erlass der Zulassungsentscheidung während der Vorhabenrealisierung (VwV 2013)
informativ	Die Beteiligten erhalten Informationen über die Planung oder Entscheidung (Bundeskanzleramt 2009)
konsultative	Die Beteiligten können zu einer gestellten Frage oder einem vorgelegte Entwurf Stellung nehmen. (Bundeskanzleramt 2009)
kooperative	Die Beteiligten können bei der Entscheidung mitbestimmen (Bundeskanzleramt 2009)

## 1.7 Abgrenzung der Begriffe „Bürgerbeteiligung“ und „Öffentlichkeitsbeteiligung“

Abgrenzung	Autor
<b>Bürgerbeteiligung</b> bedeutet die Möglichkeit <b>aller betroffenen und interessierten Bürgerinnen und Bürger</b> , ihre Interessen und Anliegen bei öffentlichen Vorhaben zu vertreten und einzubringen. <b>Öffentlichkeitsbeteiligung</b> bedeutet, dass sich neben Bürgerinnen und Bürgern <b>auch Interessengruppen wie Kammern oder NGOs</b> beteiligen können.	<i>Amt der Vorarlberger Landesregierung</i>
(...) wurde jedoch bewusst die Entscheidung getroffen den Begriff „Öffentlichkeitsbeteiligung“ statt „Bürgerbeteiligung“ zu verwenden, um deutlich zu machen, dass <b>an den jeweiligen Beteiligungsprozessen alle vor Ort lebenden Menschen teilnehmen können und nicht nur die Personen, die den Status des (Staats-)Bürgers oder der (Staats-) Bürgerin besitzen</b> . Öffentlichkeitsbeteiligung wird deshalb im Folgenden synonym zu Bürgerbeteiligung verwendet.	<i>Alcantara (2014)</i>

## 1.8 Alternativ verwendeter Begriff „Partizipation“

Begriff	Definition
<b>Partizipation</b>	Partizipation wird verstanden als das <b>Recht auf freie, gleichberechtigte und öffentliche Teilhabe der BürgerInnen an gemeinsamen Diskussions- und Entscheidungsprozessen in Gesellschaft, Staat und Institutionen, in institutionalisierter oder offener Form</b> . (Knauer/Sturzenhecker 2005)
<b>soziale Partizipation</b>	tritt in unterschiedlichen Formen auf, z.B. in Vereinen, Kirchen oder anderen sozialen Gemeinschaften wie Eltern-Kind-Gruppen oder Selbsthilfegruppen. Dabei geht es immer um <b>freiwillige, unentgeltliche Aktivitäten, die einen sozialen Bezug haben und über das eigene Lebensumfeld hinausgehen</b> . (Vetter 2014)

## 1.9 Abgrenzung der Begriffe „Bürgerbeteiligung“ und „Partizipation“

Abgrenzung	Autor
<p>Bürgerbeteiligung unterscheidet sich zentral dahingehend, ob sie von Seiten der Entscheidungsträger (Politik/Wirtschaft) oder aus der Bevölkerung heraus initiiert wird. Obwohl die Begriffe Beteiligung und Partizipation im allgemeinen Sprachgebrauch meist synonym verwendet werden, dienen sie in diesem Gutachten dazu, diese beiden Formen der Teilhabe sprachlich zu unterscheiden: <b>Beteiligung</b> beschreibt alle Formen, die von Entscheidungsträgern initiiert werden („<b>top-down</b>“), <b>Partizipation</b> bezeichnet Methoden, die von der Bevölkerung bzw. den Betroffenen ausgehen („<b>bottom-up</b>“).</p>	<p><i>Thewes/Saalbach/Kohler (2014)</i></p>

## 1.10 E-Partizipation und Online-Beteiligung

Begriff	Definition
<b>E-Partizipation</b>	umfasst <b>alle internetgestützten Verfahren</b> , die eine Beteiligung von Bürgern am politischen Entscheidungsprozess ermöglichen ( <i>Wikipedia</i> )
<b>Online-Beteiligung</b>	Die Bürgerbeteiligung erfolgt nicht (jedenfalls nicht alleine) als Präsenzveranstaltung oder mittels Offline-Medien, sondern unter <b>Rückgriff auf webbasierte Informations- und Kommunikationsanwendungen</b> ( <i>Martini/Fritzsche 2015</i> )
<b>Blended Participation</b>	Mitwirkung und Mitentscheidung, die <b>herkömmliche Beteiligungsmethoden</b> (Workshops, BürgerInnenforen) <b>sowie E-Participation</b> in einem flexiblen und zeitlich aufeinander abgestimmten Prozess miteinander <b>verschränkt</b> ( <a href="http://www.partizipation.at/standpunkt-gerlich.html">http://www.partizipation.at/standpunkt-gerlich.html</a> )
<b>Open Participation</b>	<b>Medienübergreifende</b> (on- wie offline), <b>offene</b> Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungsprozessen. ( <a href="http://www.e-demokratie.org/definition/open-participation/">http://www.e-demokratie.org/definition/open-participation/</a> )
<b>Abgrenzung</b>	Nicht jede elektronische Unterstützung der Bürgerbeteiligung durch Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) ist aber Online-Bürgerbeteiligung. Findet das Beteiligungsverfahren bzw. der konkrete Beteiligungsakt in Gestalt von Präsenzveranstaltungen oder auf dem Postwege statt und kommt <b>IKT allenfalls unterstützend</b> (beispielsweise zur Informationsbereitstellung) zum Einsatz, handelt es sich vielmehr um ein Offline- bzw. Präsenz-Beteiligungsangebot. Erst wenn die <b>wesentlichen kommunikativen und interaktiven Bestandteile des Beteiligungsverfahrens mithilfe von webbasierter Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) realisiert werden</b> , verdient das Verfahren die Bezeichnung »Online-Bürgerbeteiligung« (bzw. E-Partizipation). ( <i>Martini/Fritzsche 2015</i> )

## 1.11 Weitere verwandte und abgeleitete Begrifflichkeiten

Begriff	Definition
<b>Kinder- und Jugendbeteiligung/-Partizipation</b>	Beteiligung zielt darauf ab, <b>Entscheidungsräume für junge Menschen zu öffnen und damit von Seiten der Erwachsenen Macht abzugeben.</b> (BMFSFJ 2015)
<b>Bürgerschaftliches/ ehrenamtliches/ freiwilliges Engagement</b>	In Deutschland entsteht erst allmählich ein allgemein akzeptierter Begriff für die vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements, des Ehrenamts, der Freiwilligenarbeit und der Selbsthilfe. Im Leitfaden wird als Oberbegriff dafür "freiwilliges Engagement" verwendet. Er setzt sich zunehmend in Praxis und Politik durch und schlägt auch eine Brücke zum international gebräuchlichen Begriff des "Volunteers". Freiwilliges Engagement umfasst alle <b>freiwilligen Aktivitäten der Bürger/innen für die Organisation von Gemeinschaftsaktivitäten sowie das politische, soziale und gesundheitliche Engagement.</b> (Joachim Braun (2000) Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe)
<b>Finanzielle Beteiligung an einem Infrastrukturprojekt</b>	Die (...) Möglichkeiten zur <b>Bürgerbeteiligung an Windparkprojekten</b> der EnBW (werden) deutlich erweitert. (...) Die EnBW Erneuerbare Energien GmbH wird zukünftig <b>Anteile an ausgewählten Windparks nach deren Fertigstellung der BürgerEnergie AG zur Beteiligung anbieten.</b> (Pressemitteilung EnBW) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Reine <b>Anlageprodukte</b> (wie Energie-Sparbrief, Genussrecht oder partiarisches Darlehen)</li> <li>• <b>Unternehmensbeteiligungen</b> (Genossenschaft, stille Beteiligung, GmbH &amp; Co. KG)</li> </ul>

## 1.12 „Spaces“ der Bürgerbeteiligung

Begriff	Definition
<b>invited spaces</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mobilisierte Partizipation (Kersting in: Hammer 2013)</li> <li>• Einladung zur Beteiligung „von oben“ (Roth 2014)</li> <li>• Partizipationsräume der Stadtverwaltung, in die BürgerInnen eingeladen werden / Festgelegte Beteiligungsstrukturen (formelle und informelle Instrumente) (Waegerle 2013)</li> </ul>
<b>invented spaces</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Spontane Partizipation (Kersting in: Hammer 2013)</li> <li>• neue Räume bürgerschaftlichen Engagements und zivilgesellschaftlicher Selbsttätigkeit (Roth 2014)</li> </ul>
<b>created spaces</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Partizipationsräume, die autonom entstanden sind / Flexible Einflussformen auf Gestaltung und Prozesse der Stadtentwicklung (Waegerle 2013)</li> </ul>

## 2. Kontexte mit dem Begriff „Bürgerbeteiligung“

Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung auf unterschiedlichen Ebenen in ausgewählten Politikfeldern (beispielhafte Aufzählung)

	Quartier	Stadtteil	Kommune	Region	Bundesland	Bund
Arbeit, Soziales, Integration		Flüchtlingsunterbringung	Flüchtlingsunterbringung			
Bildung, Schule, Sport		Sportentwicklungsplanung				
Brand- und Bevölkerungsschutz		Hochwasserschutz				
Energie		Stromnetzausbau	Stromnetzausbau	Stromnetzausbau Pumpspeicherkraftwerk	Stromnetzausbau Windparks	Stromnetzausbau Endlagersuche
Europa, Internationales			Partnerstädte, Kommune, Entwicklungsplanung			Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Finanzen			Bürgerhaushalt			
Gesundheit			Krankenhausplanung	Krankenhausplanung		
Kinder, Jugend, Familie	Spielplätze					
Kultur und Denkmalpflege			Kulturentwicklungsplan, Weltkulturerbe			
Personal, Organisation Informationsmanagement			Open Data, Beschwerdemanagement		Open Data, Transparenzplattform	
Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen	Quartiersentwicklung	Stadtteilentwicklung Sozialraumentwicklung, Masterplan, Integriertes Stadtentwicklungskonzept, Stadterneuerung	Bauleitplanung, Stadtentwicklung, -planung, Stadtumbau Stadtsanierung Städtebauförderung	Regionalplanung	Landesraumordnungsplan/ Landesentwicklungsplan/ Landesentwicklungsprogramm	
Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen	Wohngebiete Platzgestaltung	Soziale Stadt, Städtebauliche Planung				
Umwelt			Lärminderungsplanung Lokale Agenda, Mobilfunk	FFH-Gebiete Naturpark	Klimaschutzplan Anpassungsstrategie	Klimaschutzplan Anpassungsstrategie
Verkehr			Verkehrsentwicklungsplanung	Flughafen		Bundesverkehrswegeplan, Straßenbau
Wirtschaft, Verbraucher		Einzelhandelskonzept	Betriebsansiedlung und -erweiterung			Verbraucherschutz
sonstiges			Leitlinienentwicklung, Vorhabenliste, Bürgerkommune Beteiligungskultur Bürgergesellschaft		Regierungsbilanz	

### 3. Zwecke von Bürgerbeteiligung

#### 3.1 Mögliche Zwecke, Folgen, Nutzen, Vorteile und Effekte von Bürgerbeteiligung<sup>1</sup>:

##### Allgemeine Demokratieverbesserung

- Stärkung der demokratischen Kompetenz der Bürger (*Senat Berlin, 2011*)
- Aufbau von Identifikation, bürgerschaftlichem Engagement und sozialem Kapital (*Senat Berlin 2011*)
- Öffentlichkeitsbeteiligung weckt das Interesse an politischer Teilhabe und fördert eine lebendige Demokratie. (*BKA Österreich, 2011*)
- Bürgerinnen und Bürger in die Erbringung von Leistungen einzubeziehen (*Beteiligungskompass.org*)
- Mit-Entscheidung und Co-Governance:
- Steht bereits am Beginn eines Verfahrens fest, dass Betroffene und Interessierte bei der Entwicklung eines Vorhabens oder seiner Ausführung mitbestimmen, dann handelt es sich um Mit-Entscheidung bzw. Co-Governance. Das ist dann der Fall, wenn Empfehlungen der Teilnehmenden garantiert in den weiteren Entscheidungsprozess einfließen. Co-Governance bedeutet eine direkte Einflussnahme auf politische Entscheidungen. (*Nanz/Fritsche 2012*)

##### Kommunikations- und Verständnisverbesserung

- Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft (*Senat Berlin, 2011*)
- In Prozessen der Öffentlichkeitsbeteiligung werden die Verantwortungsbereiche der beteiligten Gruppen klar dargestellt und wahrgenommen (*BKA Österreich, 2011*)

##### Bewusstseinsbildung, Lernen, Kontaktbildung

- Beteiligungsprozesse sind gemeinsame Lernprozesse und stärken so die Bewusstseinsbildung (*BKA Österreich, 2011*)
- Öffentlichkeitsbeteiligung fördert das Verständnis für unterschiedliche Standpunkte und für das zu lösende Problem. Der Informationsfluss wird verbessert. Die Verwaltung agiert bürgerInnennah, lösungsorientiert und bedarfsgerecht. (*BKA Österreich, 2011*)
- Individueller Nutzen und Qualifizierung persönlicher Kompetenzen:
- Auch wenn im Vorfeld eines Verfahrens feststeht, dass es keinen oder nur einen geringen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen wird, so können Bürgerinnen und Bürger trotzdem individuellen Nutzen aus einem Partizipationsprozess ziehen. Sie nutzen Beteiligungsverfahren nicht zuletzt auch, um ihr Wissen zu erweitern, ihre oben erläuterten »Democratic Skills« zu verfeinern oder um Kontakte zu Gleichgesinnten zu knüpfen. (*Nanz/Fritsche 2012*)
- Eine Beteiligung ermöglicht den Bürgern, die Zusammenhänge und Hintergründe, die dem Verfahren zugrunde liegen, besser nachzuvollziehen. (*BMVI 2014*)
- Beteiligungsvorhaben zu wichtigen kommunalen Fragen können förderlich dafür sein, in Szenarien zu denken und zu lernen, Konsequenzen und zukünftige Entwicklungen abzuschätzen. (*BMFSFJ 2015*)
- Die aktive Auseinandersetzung mit den Interessen anderer Gruppen stärkt nicht nur Verständigungsbereitschaft und Kompromissfähigkeit, sie schult auch die Fähigkeit, sachgerecht zu argumentieren, Partner zu gewinnen, unklare Situationen aus- und trotz Widerständen durchzuhalten. (*BMFSFJ 2015*)

##### Transparenz von Werten/Präferenzen und Bedürfnissen

- Öffentlichkeitsbeteiligung macht die Werte oder Werthaltungen der Beteiligten sowie ihre Interessen und Bedürfnisse sichtbar (*BKA Österreich, 2011*)
- Bedürfnisse und Probleme zu identifizieren (*Beteiligungskompass.org*)

##### Gegenseitige Wertschätzung, Vertrauensstärkung und Gemeinschaft

- Öffentlichkeitsbeteiligung hilft das Vertrauensverhältnis zwischen Politik, Verwaltung sowie Betroffenen und Beteiligten zu stärken. (*BKA Österreich, 2011*)

<sup>1</sup> Dieses Kapitel beruht auf Vorarbeiten von Rainer Carius.

- Öffentlichkeitsbeteiligung fördert die Gemeinschaft und den gegenseitigen Respekt zwischen Politik, Verwaltung und Beteiligten sowie auch unter den Beteiligten. Leistungen werden gegenseitig stärker anerkannt. *(BKA Österreich, 2011)*

## Aktivierung, Dynamisierung von Debatten und Planungen

- Aufbau von Engagement und sozialem Kapital *(Senat Berlin, 2011)*
- Öffentlichkeitsbeteiligung aktiviert, macht Betroffene zu Beteiligten und dynamisiert Entwicklungsprozesse und Beteiligungsprojekte. *(BKA Österreich, 2011)*
- Einflussnahme auf Öffentlichkeit und Gesellschaft:
- Ein Beteiligungsverfahren kann, auch wenn es keinen unmittelbaren Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse hat, zur Initiierung und Bereicherung öffentlicher Debatten beitragen. *(Nanz/Fritsche 2012)*

## Transparentmachung des Planungs- und Entscheidungsprozesses

- Bürger werden in den Planungs- und Entscheidungsprozess integriert. Sie erhalten, beispielsweise durch die Einsichtnahme in die Unterlagen, die Möglichkeit, den Planungs- und Entscheidungsprozess nachvollziehen und zu beeinflussen *(BMVI, 2014)*
- Öffentlichkeitsbeteiligung gestaltet die Prozesse der Entscheidungsfindung transparent und nachvollziehbar *(BKA Österreich, 2011)*

## Qualitätssicherung und Kosteneinsparung

- Der intensive Austausch zwischen allen Beteiligten eröffnet die Integration verschiedener Blickwinkel, was die Absicherung der Ergebnisse verbessert. Öffentlichkeitsbeteiligung trägt so auch zu Qualitätssicherung und leichterem Umsetzung bei. Das bedeutet, dass Öffentlichkeitsbeteiligung zeit- und kostensparende Wirkungen haben kann. *(BKA Österreich, 2011)*

## Verbesserung von Problemlösungen

- Konsultation und Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern: Hier steht die beratende Funktion von Beteiligungsverfahren im Mittelpunkt. *(Nanz/Fritsche 2012)*
- Nutzen lokalen Wissens *(Senat Berlin, 2011)*
- Neue Ideen und Vorschläge für Maßnahmen zu erhalten *(Beteiligungskompass.org)*
- Umsetzungshürden für Vorhaben zu entdecken *(Beteiligungskompass.org)*
- Die Bürger können ihre Belange und Ideen auch schon im Vorfeld der formellen Beteiligung in die Planung einbringen und dadurch zur Optimierung der Planung beitragen. *(BMVI, 2014)*
- Öffentlichkeitsbeteiligung bringt innovative Lösungen, da alle Beteiligten ihr Wissen, ihre praktischen Erfahrungen und ihre Kreativität einbringen *(BKA Österreich, 2011)*

## Erkennen und Abbau von Konfliktpotenzialen

- Frühzeitiges Erkennen von Konfliktpotenzialen *(Senat Berlin, 2011)*
- Konflikte abzubauen *(Beteiligungskompass.org)*
- Gerichtliche Auseinandersetzungen können durch das frühzeitige Erkennen von Konflikten und entsprechende Plananpassungen vermieden werden, wodurch Verfahrensverzögerungen durch nachträglich erforderliche Änderungen reduziert werden können. *(BMVI, 2014)*

## Verbesserung von Legitimation, Akzeptanz und Umsetzung von Planungen und Ergebnissen

- Die Legitimation des Planungs- und Entscheidungsprozesses wird erhöht, sofern Einwände der Bürger bei der Entscheidungsfindung entweder berücksichtigt werden oder – wenn sie keine Berücksichtigung finden – gut begründet wird, warum in der Gesamtabwägung andere Interessen stärker ins Gewicht fielen. *(BMVI 2014)*
- die Legitimation von Entscheidungen zu stärken *(Beteiligungskompass.org)*
- Stärkung der Legitimation und Akzeptanz von Planungen *(Senat Berlin, 2011)*
- Öffentlichkeitsbeteiligung erleichtert die Entwicklung einer akzeptierten Strategie. Sie fördert langfristige Lösungen und gewährleistet daher Planungssicherheit *(BKA Österreich, 2011)*
- Öffentlichkeitsbeteiligung erlaubt die Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Entscheidungsfindung. Die Ergebnisse können so breiter akzeptiert und mitgetragen werden. Durch die intensive Zusammenarbeit können sich die Beteiligten besser mit dem Ergebnis identifizieren *(BKA Österreich, 2011)*

**Entlastung des Erwartungsdrucks von Interessensgruppen**

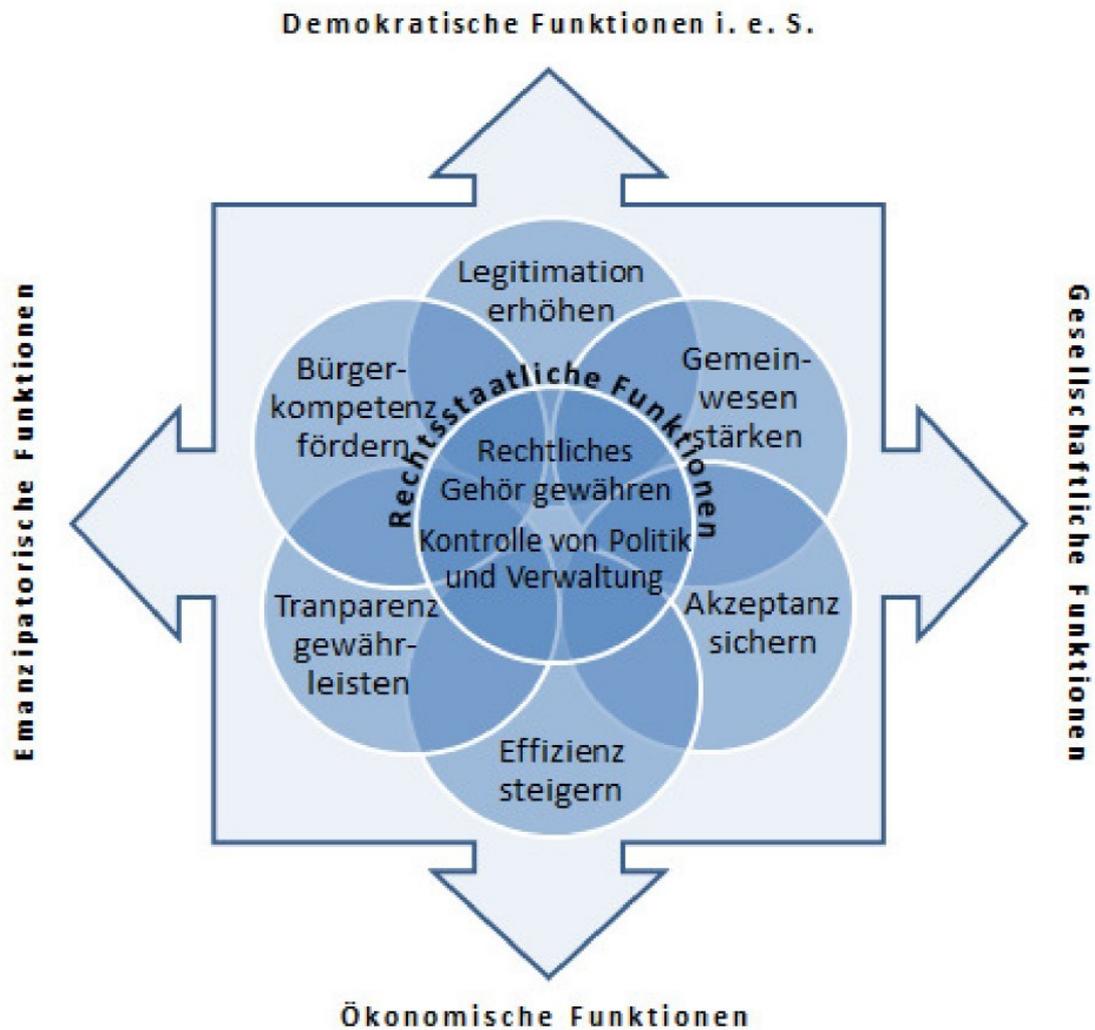
- Die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung und betroffenen Interessensgruppen führt zu einer Entlastung von Erwartungsdruck und Lobbying einzelner Interessensgruppen (*BKA Österreich, 2011*)

**3.2 Partizipationsverständnisse**



(Klöti/Drilling 2014)

### 3.3 Zuordnung von Zwecken zu Funktionsdimensionen

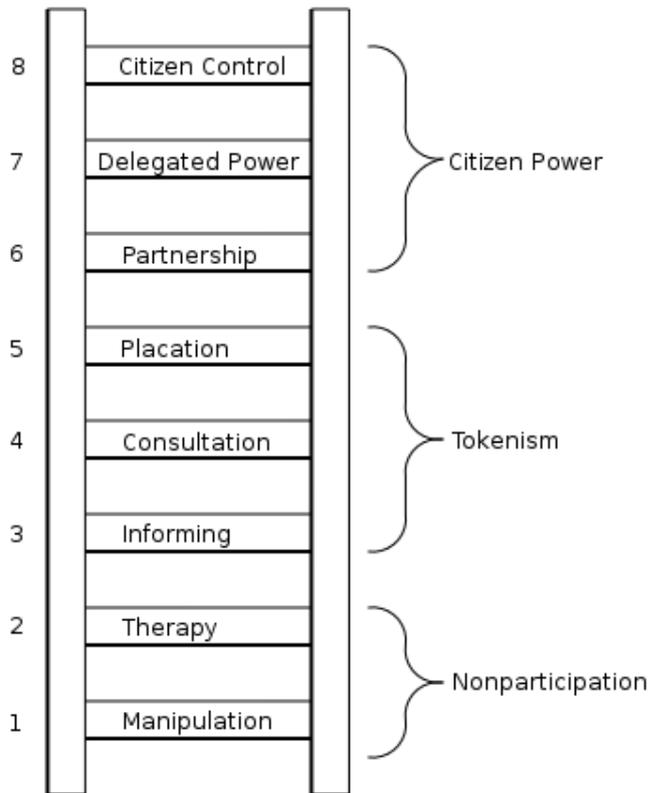


© Saskia Fritzsche

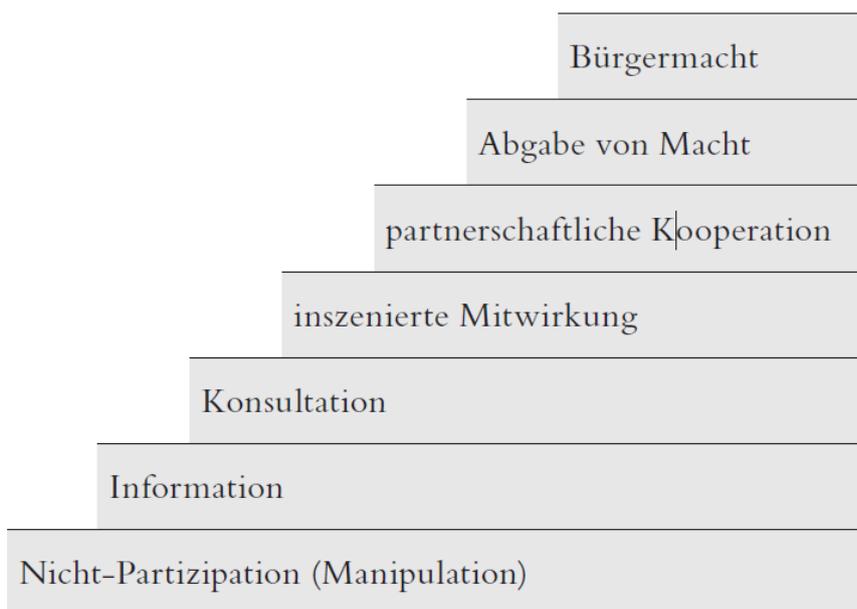
(Martini/Fritzsche 2015)

## 4. Kategorisierungen und Typologisierungen von Bürgerbeteiligungsverfahren

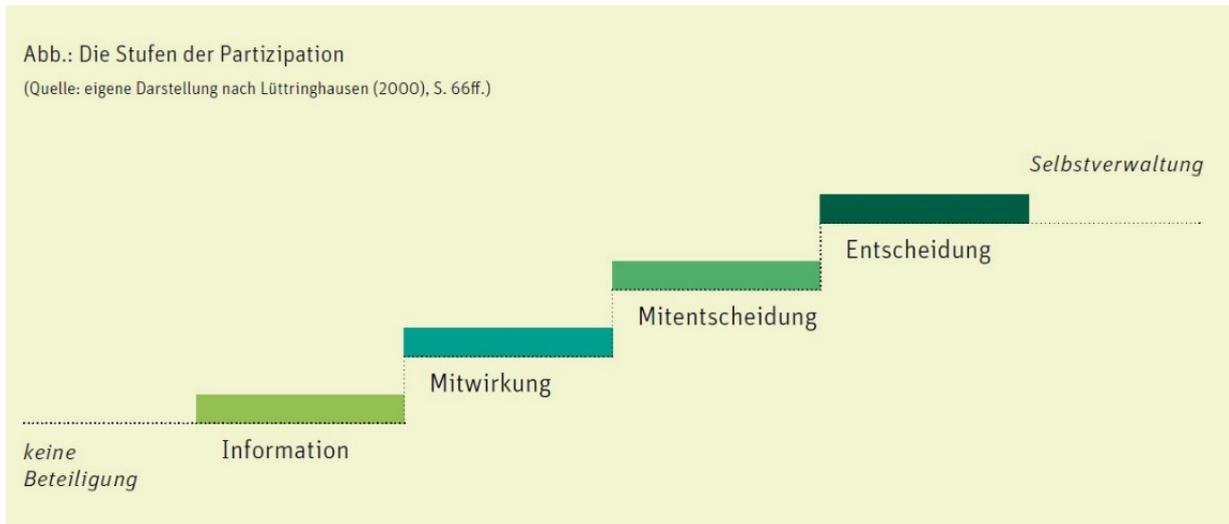
### 4.1 Verschiedene Partizipationsleitern und –stufen



Arnstein (1969): Partizipationsleiter

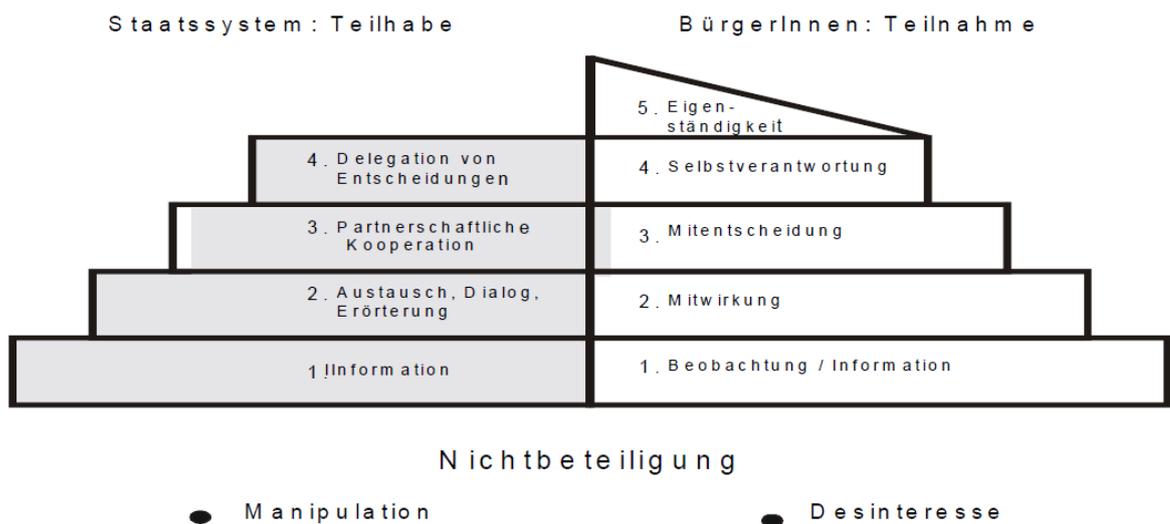


Nanz/Fritsche (2012): Beteiligungsleiter



Senatsverwaltung Berlin (2011): Partizipationsstufen

### Stufenmodell der Partizipation

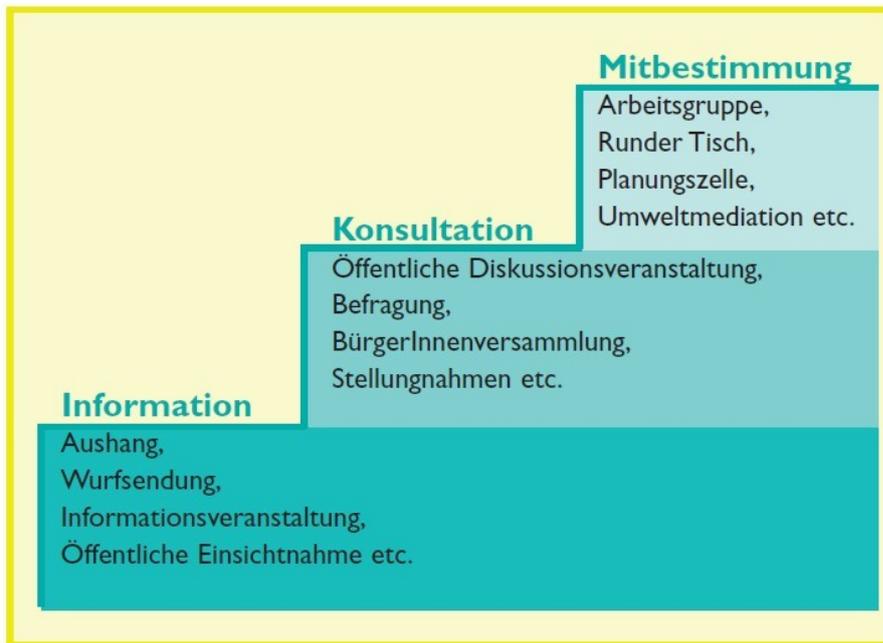


Lüttringhaus (2009): Stufenmodell

Grad der Mitwirkung	Formelle Bürgermitwirkung	Informelle Bürgermitwirkung	Beteiligende	Beteiligte
100 % ↑ 0 %	4. Entscheiden	4. Kooperation	Mitentscheidung gewähren	Mitentscheiden
	3. Einvernehmen/Benehmen	3. Mitgestaltung	Meinung berücksichtigen	Mitwirken
	2. Anhören	2. Konsultation	Meinung einholen	Mitdenken
	1. Informieren	1. Informieren	Informieren	sich informieren

Städtetag Baden-Württemberg (2012)

## 4.2 Zuordnungen einzelner Bürgerbeteiligungsverfahren zu den Beteiligungsstufen



ÖGUT 2005

Formate der Beteiligung	
Bürgerprojekte, Selbstverwaltung	Gemeinsame Entscheidungen, Bürger sind (Mit-)Entscheidungsträger oder Träger der Projekte
Runde Tische, Mediation, Schlichtung	
Konsensuskonferenz, World Cafe, Bürgergipfel, Zukunftswerkstatt, Delphi	
Bürgerforen, Planungszellen, Online-Partizipation	Präferenzen der Bürger, Zweiweg-Kommunikation ist möglich, Entscheidung bleibt bei den Behörden
Bürgertelefon, Ombudsperson, Web2.0	
Anhörung, Planspiele, Interviews, Fokusgruppen, Umfragen	Einweg-Kommunikation
Flyer, Artikel, webbasierte Infos, Ausstellungen, Medienarbeit	

Hilpert 2011

**4.3 Ausgewählte Kategorisierungen von Bürgerbeteiligungsverfahren**

Kategorisierung	Autor
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Erkunden von Interessen und Meinungen</li> <li>2. Informieren, Meinung bilden</li> <li>3. Beteiligen</li> <li>4. Kooperieren</li> </ol>	<i>Bischoff/Selle/Sinnig (1996): Übersicht zu den Formen und Verfahren</i>
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. zielgruppenspezifisch</li> <li>2. projektspezifisch</li> <li>3. themenspezifisch</li> <li>4. ortsspezifisch</li> </ol>	<i>Busch (2009): Bezugsebenen</i>
<ol style="list-style-type: none"> <li>(1) Information: Angebote, die auf die Bereitstellung, den Zugang und die Erschließung von Informationen öffentlicher Stellen abzielen und Voraussetzung für das Gelingen von anderen Beteiligungsformen sind.</li> <li>(2) Transparenz durch Dritte: Informelle Angebote, die über Handlungen der Legislative oder Exekutive berichten und so öffentliche Kontrolle ermöglichen.</li> <li>(3) Konsultation: Beteiligungsformen, durch die Expertise sowie Voten zu Planungs- und Entscheidungsprozessen von Bürgerinnen und Bürgern, Interessengruppen sowie Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu bestimmten Themen eingeholt werden.</li> <li>(4) Eingaben / Beschwerden / Petitionen: Angebote, die es ermöglichen, Vorschläge oder Kritik, in der Regel über dazu eingesetzte vermittelnde Stellen, an die zur Entscheidung befugten Stellen und Behörden zu richten.</li> <li>(5) Kooperation: Angebote, die auf einvernehmliche Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik, Bürgerschaft sowie Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft abzielen und zu kollektiven Präferenzen und damit (auch) zu Ergebnissen führen, die von ursprünglichen Positionen abweichen.</li> <li>(6) Aktivismus / Kampagnen / Lobbying: Beteiligungsformen, bei denen Einzelpersonen oder organisierte Akteure Maßnahmen ergreifen, die darauf abzielen, Aufmerksamkeit und Unterstützung für Themen und Positionen, aber auch für partikulare Interessen zu erhalten und die damit einen Beitrag zur politischen Meinungs- und Willensbildung leisten.</li> </ol>	<i>ifib (2008): sechs Beteiligungsformen</i>
<p>Sie wollen ...</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• informieren</li> <li>• informieren und Reaktionen einholen</li> <li>• einzelne Meinungen, Ideen etc. einholen</li> <li>• Feedback zu einem Entwurf einholen</li> <li>• BürgerInnen aktivieren, Diskussionen und offene Prozesse starten</li> <li>• von BürgerInnen gemeinsam entwickelte Ideen einholen</li> <li>• (Im Umfeld tätige) Organisationen, die Fachöffentlichkeit einbinden</li> <li>• gemeinsam planen und Konsens finden, divergierende Interessen zusammenführen, Blockaden lösen</li> <li>• eskalierte Konflikte lösen</li> <li>• „Planen auf der grünen Wiese“, potenzielle NutzerInnen einbeziehen</li> </ul>	<i>Magistrat der Stadt Wien (2012): Methodenraster</i>
<p>Top-Down-Prozesse:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Information</li> <li>• Befragung</li> <li>• (begleitende) Konsultation</li> <li>• Mitwirkung</li> <li>• Mitentscheidung</li> </ul> <p>Bottom-Up-Prozesse:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stadtteilkonferenz</li> <li>• Begleitende Konsultation</li> <li>• Organizing</li> </ul>	<i>Potsdam (2014): Einordnung von Beteiligungsprozessen</i>

#### 4.4 Ziele von Bürgerbeteiligung und passende Methoden

Ziel	Methode
<b>Ideen sammeln, Energie bündeln</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Moderationsmethode</li> <li>• Open Space</li> </ul>
<b>Visionen entwickeln, Zukunft gestalten</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• AI Appreciative Inquiry</li> <li>• Kommunaler Planungsworkshop</li> <li>• Szenariotechnik</li> <li>• Zukunftskonferenz</li> <li>• Zukunftswerkstatt</li> </ul>
<b>Konflikte bearbeiten, Standpunkte integrieren</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Diskurs</li> <li>• Diskursive Bürgerversammlungen</li> <li>• Walt-Disney-Methode</li> <li>• Konfliktlösungskonferenz</li> <li>• Konsensuskonferenz</li> <li>• Mediation</li> <li>• Runder Tisch</li> </ul>
<b>Meinungen einholen, Bürgerinnen und Bürger aktivieren</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aktivierende Befragung</li> <li>• Aktivierende Elemente in der Beratungstätigkeit</li> <li>• Arbeitsbuchmethode</li> <li>• Die Bürgerausstellung</li> <li>• Das Bürgerpanel</li> <li>• Community Organizing</li> <li>• Demokratiewerkstatt</li> <li>• eDemocracy</li> <li>• PRA – Participatory Rapid Appraisal</li> <li>• RTSC – Real Time Strategic Change</li> </ul>
<b>Planungsprozesse initiieren und gestaltend begleiten</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anwaltsplanung</li> <li>• Gemeinsinn-Werkstatt</li> <li>• Gemeinwesenarbeit (GWA) - Stadtteilarbeit</li> <li>• Kompetenzwerkstatt</li> <li>• Perspektivenwerkstatt</li> <li>• Planning for Real®</li> <li>• Das Planspiel und das Handlungsspiel</li> <li>• Planungswerkstatt</li> <li>• Planungszelle</li> <li>• Bürgerforen</li> <li>• Stadtteilforen</li> </ul>

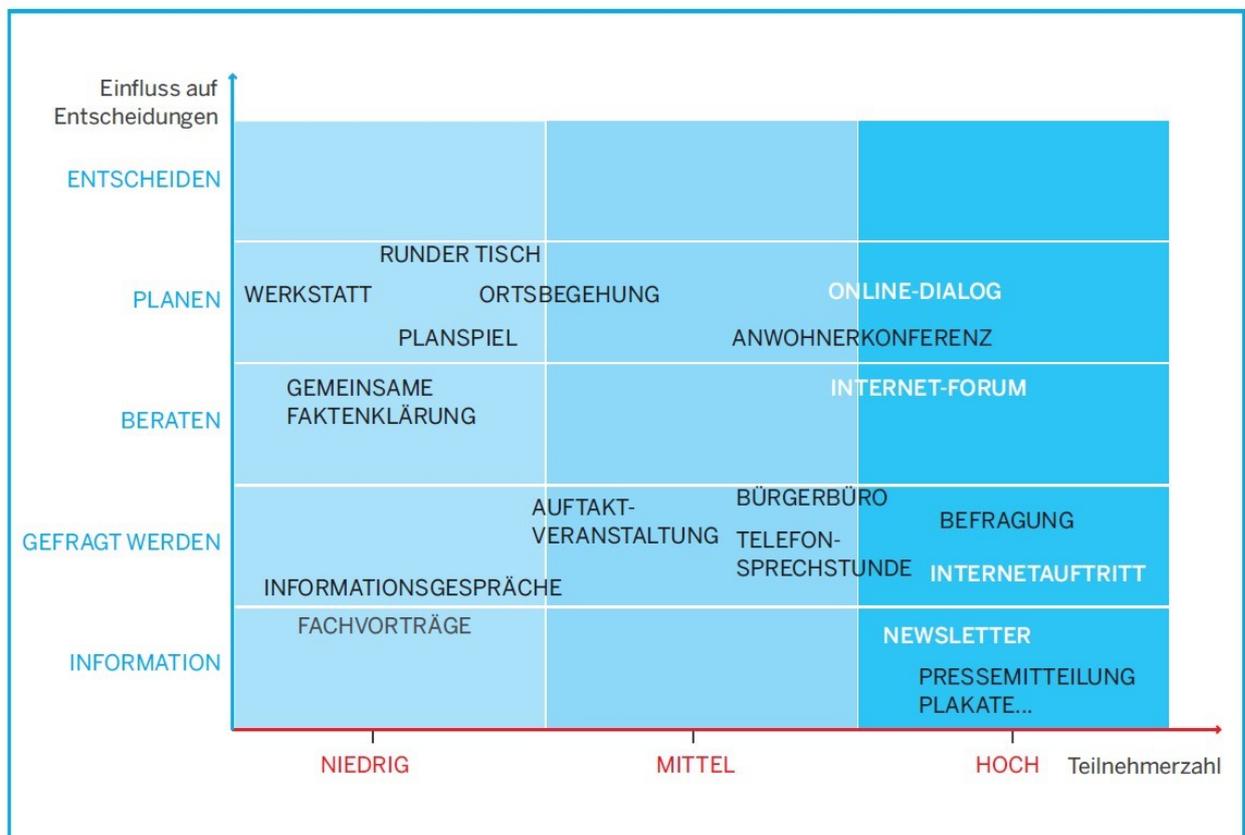
Stiftung Mitarbeit: Wegweiser Bürgergesellschaft (<http://www.buergergesellschaft.de/>)

#### 4.5 Kategorisierung von Beteiligungsverfahren nach Strukturierungsgrad und Teilnehmerauswahl

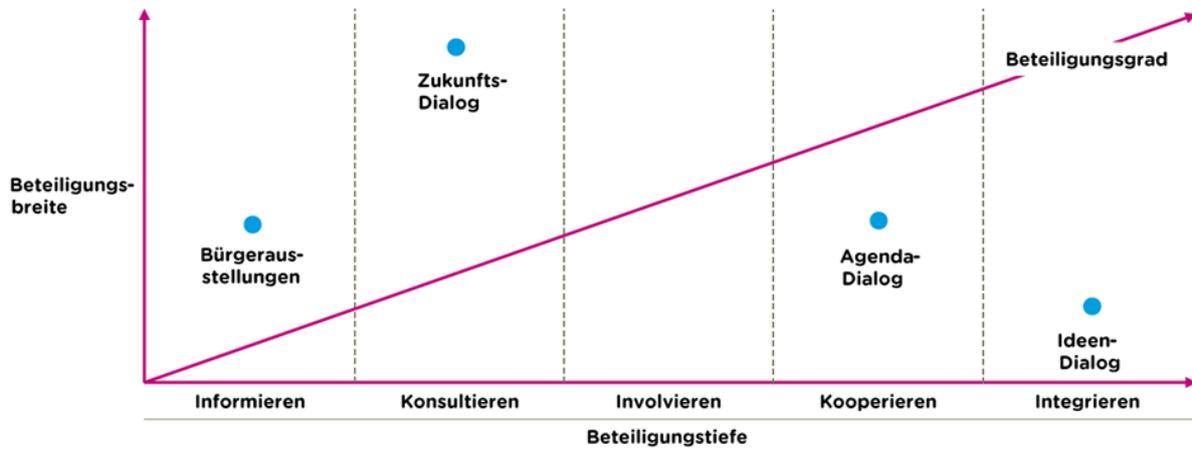
Nicht dialogisch-strukturierte Verfahren		Dialogisch-strukturierte Verfahren	
Konventionelle Verfahren	Unkonventionelle Verfahren	Selbstselektive Verfahren	Aleatorische Verfahren
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Institutionalisierte Elemente des politischen Systems</li> <li>• Mitarbeit in politischen Parteien</li> <li>• Ausübung des Wahlaktes</li> <li>• Beiräte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterschriften-sammlungen</li> <li>• Mitarbeit in einer NGO</li> <li>• Politischer Protest</li> <li>• Politischer Konsum</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Open-Space</li> <li>• Zukunftswerkstatt</li> <li>• Bürgerhaushalt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Planungszelle</li> <li>• Deliberative Polling®</li> <li>• Citizens' jury</li> </ul>

GAR 2013

#### 4.6 Kategorisierungen nach Beteiligungsbreite (Teilnehmerzahl) und Beteiligungstiefe (Einfluss)

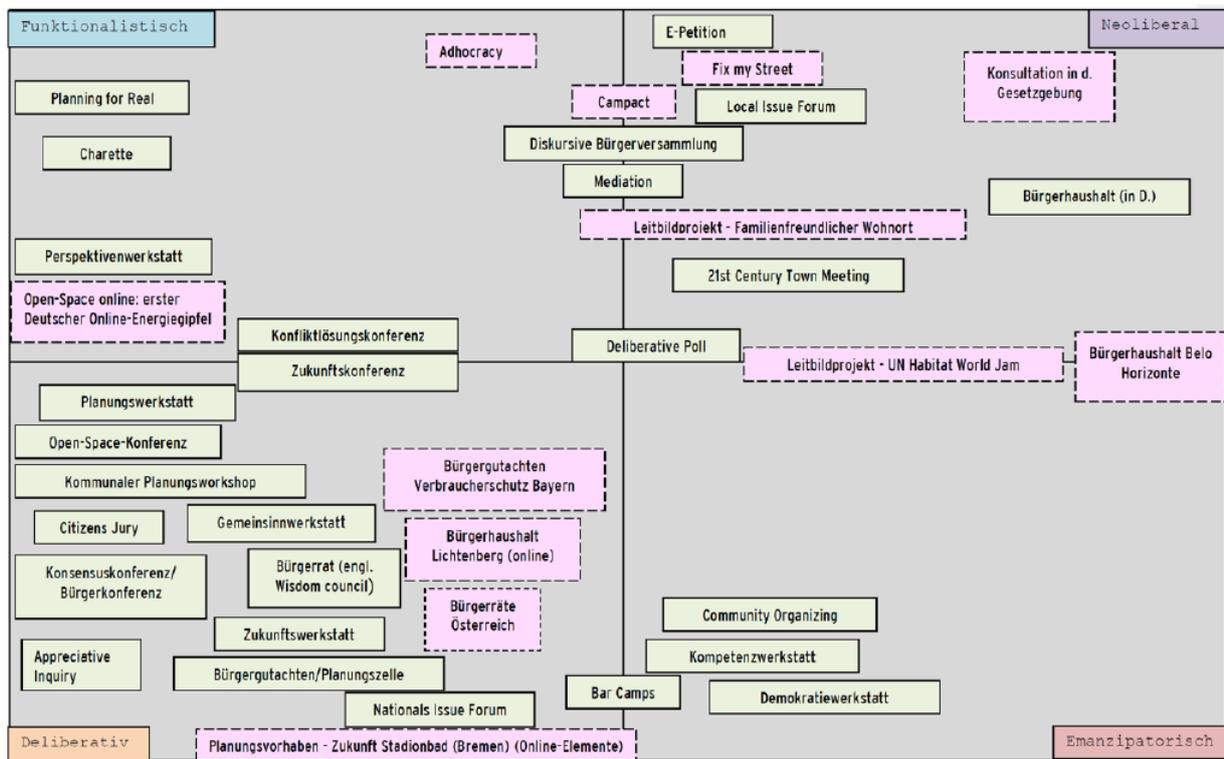


MKULNV 2012



Ramboll 2014

#### 4.7 Bürgerbeteiligungsverfahren im Blickwinkel verschiedener Demokratiekonzepte



Alcántara u.a. 2014

### 4.8 Ziele und Beteiligungsversprechen von Partizipationsmaßnahmen

INCREASING IMPACT ON THE DECISION 					
	INFORM	CONSULT	INVOLVE	COLLABORATE	EMPOWER
PUBLIC PARTICIPATION GOAL	To provide the public with balanced and objective information to assist them in understanding the problem, alternatives, opportunities and/or solutions.	To obtain public feedback on analysis, alternatives and/or decisions.	To work directly with the public throughout the process to ensure that public concerns and aspirations are consistently understood and considered.	To partner with the public in each aspect of the decision including the development of alternatives and the identification of the preferred solution.	To place final decision making in the hands of the public.
PROMISE TO THE PUBLIC	We will keep you informed.	We will keep you informed, listen to and acknowledge concerns and aspirations, and provide feedback on how public input influenced the decision. We will seek your feedback on drafts and proposals.	We will work with you to ensure that your concerns and aspirations are directly reflected in the alternatives developed and provide feedback on how public input influenced the decision.	We will work together with you to formulate solutions and incorporate your advice and recommendations into the decisions to the maximum extent possible.	We will implement what you decide.

© IAP2 International Federation 2014. All rights reserved.

IAP2 (2014): Public Participation Spectrum

<b>Informieren</b>	Wir halten Dich informiert.
<b>Konsultieren</b>	Wir werden Dich informieren, hören zu und erkennen Deine Bedenken an. Wir liefern Dir Feedback, wie der Input die Öffentlichkeit beeinflusst hat.
<b>Einbeziehen</b>	Wir arbeiten mit Dir und garantieren, dass Deine Bedenken und Themen direkten Einfluss in der Entwicklung von Alternativen haben werden.
<b>Kollaborieren</b>	Wir werden nach Deinen direkten Ratschlägen und Innovationen bei Lösungsentwürfen Ausschau halten. Wir werden Deine Empfehlungen einarbeiten und bei Entscheidungen Deine Ansichten in vollem Umfang berücksichtigen
<b>Ermächtigen</b>	Wir werden implementieren, was Du entscheidest.

(Grünwald 2015)

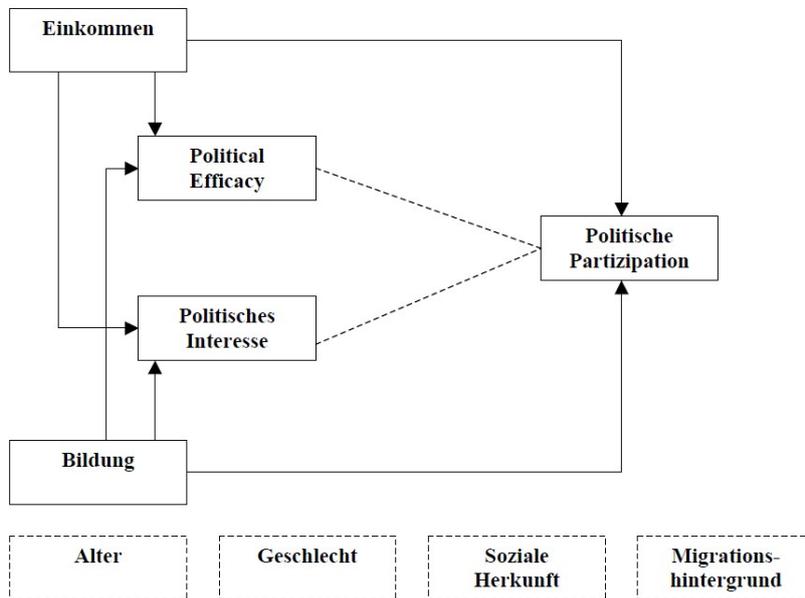
## 5. Formen, Verfahren und Methoden von Bürgerbeteiligung

### Zusammenstellungen von Methoden/Verfahren in Datenbanken und Sammlungen

<b>Beteiligungskompass</b> Bertelsmann Stiftung und Stiftung Mitarbeit	<a href="http://www.beteiligungskompass.org/">http://www.beteiligungskompass.org/</a>
<b>Wegweiser Bürgerbeteiligung</b> Stiftung Mitarbeit	<a href="http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheidungen/methoden-verfahren/">http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheidungen/methoden-verfahren/</a>
<b>Toolpool</b> Procedere-Verbund	<a href="http://procedere.org/?p=608">http://procedere.org/?p=608</a>
<b>Methodendatenbank</b> Der Beteiligungsblog, Deutschen Umweltstiftung	<a href="http://www.bblog.de/category/methoden/">http://www.bblog.de/category/methoden/</a>
<b>Modelle, Instrumente und Methoden der informellen Bürgerbeteiligung</b> Führungsakademie Baden-Württemberg	<a href="https://www.bw21.de/Bildung21_Aktuell/Managementwissen/Buerger_beteiligen/Seiten/Modelle,-Instrumente-und-Methoden-der-informellen-B%C3%BCrgerbeteiligung.aspx">https://www.bw21.de/Bildung21_Aktuell/Managementwissen/Buerger_beteiligen/Seiten/Modelle,-Instrumente-und-Methoden-der-informellen-B%C3%BCrgerbeteiligung.aspx</a>
<b>Methodensammlung</b> Partizipation & Nachhaltige Entwicklung in Europa	<a href="http://www.partizipation.at/methoden.html">http://www.partizipation.at/methoden.html</a>
<b>Methodenkoffer</b> Partizipative Qualitätsentwicklung	<a href="http://www.partizipative-qualitaetsentwicklung.de/subnavi/methodenkoffer.html">http://www.partizipative-qualitaetsentwicklung.de/subnavi/methodenkoffer.html</a>
<b>Methods</b> Participedia	<a href="http://participedia.net/en/browse/methods">http://participedia.net/en/browse/methods</a>
<b>Participatory Practices</b> National Coalition for Dialogue & Deliberation (NCDD)	<a href="http://ncdd.org/rc/item/category/participatory-practices">http://ncdd.org/rc/item/category/participatory-practices</a>

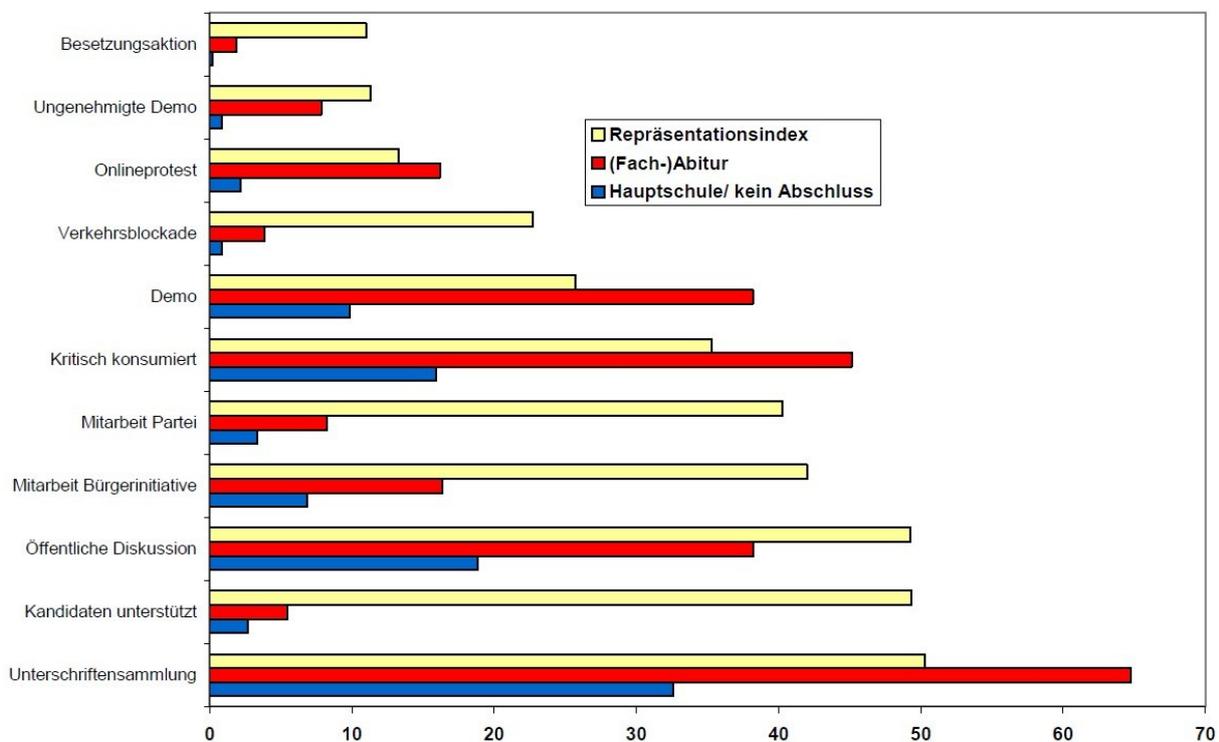
## 6. Sozio-kulturelle Differenzierungen bei der Bürgerbeteiligung

### 6.1 Einflussfaktoren politischer Partizipation



Bödecker 2012

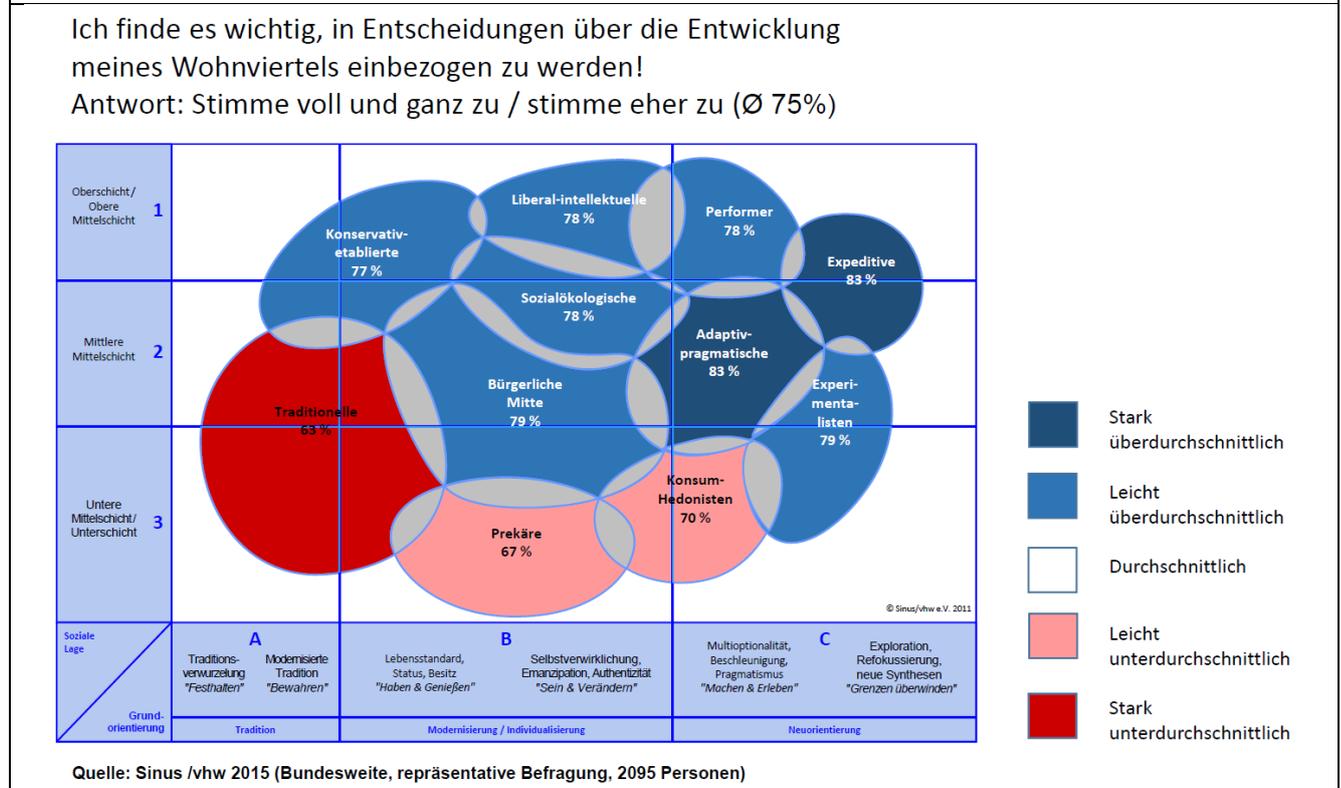
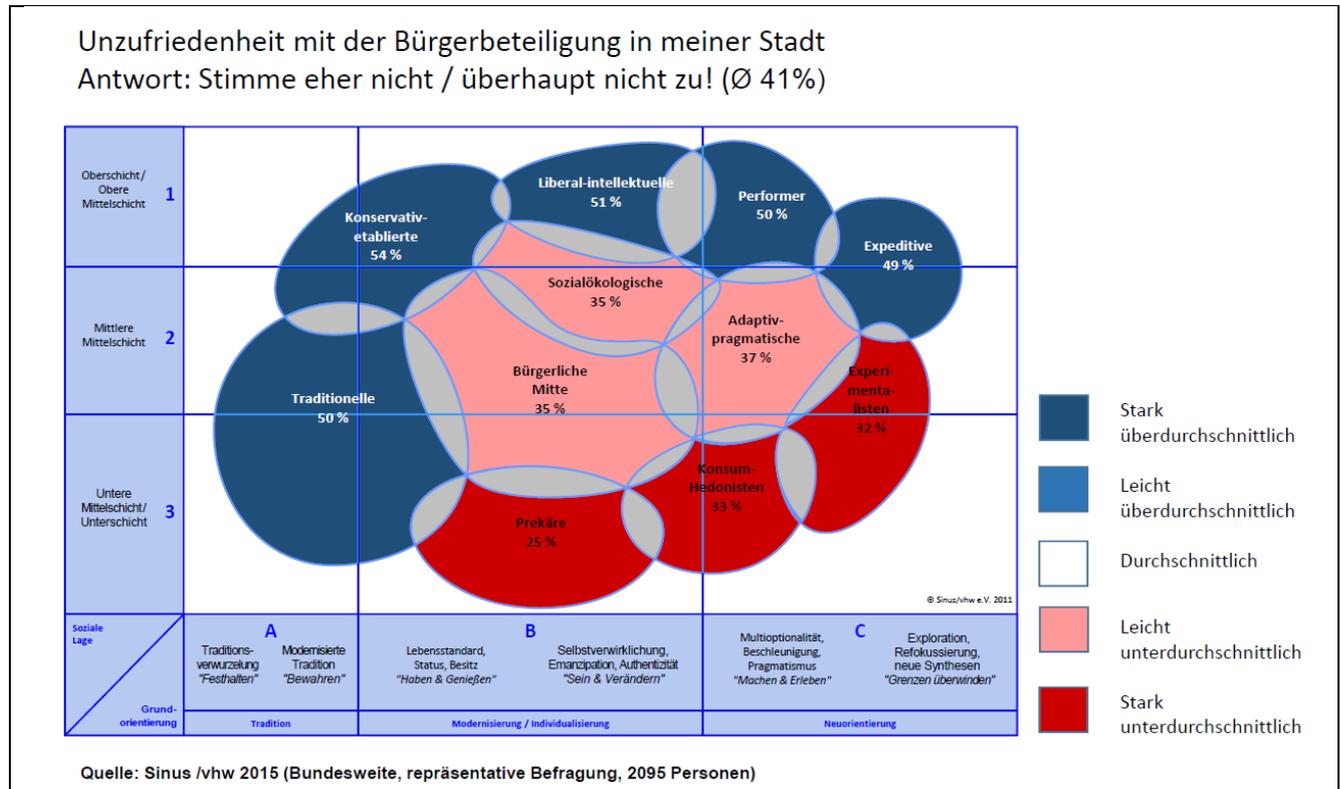
### 6.2 Bildung und Partizipationsverhalten



Bödecker 2012 (Der Repräsentationsindex spiegelt das Verhältnis der beiden Gruppen zueinander wider. Je geringer der Wert des Repräsentationsindex, desto größer ist die Bildungsungleichheit in Hinblick auf das Partizipationsverhalten. Ein Repräsentationsindex von 100% zeigt eine vollständige Gleichverteilung an.)

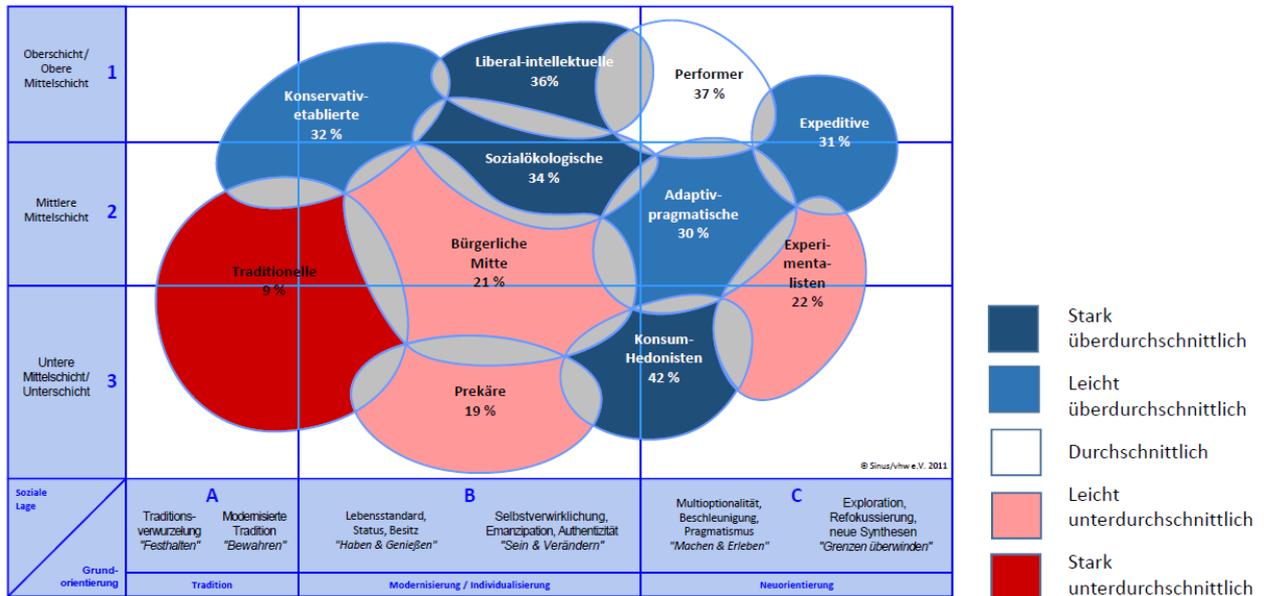
### 6.3 Unterschiedliche Beteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppen

(dargestellt anhand der Sinus-Milieus ® - <http://www.sinus-institut.de/sinus-loesungen/sinus-milieus/>)



Interesse an moderierten Planungsverfahren

Antwort: Daran hätte ich Interesse, mich (wieder) zu beteiligen! (Ø 27%)



Quelle: Sinus /vhw 2015 (Bundesweite, repräsentative Befragung, 2095 Personen)

## 6.4 Übersicht über schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen



Abbildung 3: Beispiele für schwer erreichbare Gruppen, Grafik: K. Arbter (2008)

Bundeskanzleramt Österreich 2011

## 7. Was ist gute Bürgerbeteiligung

### 7.1 Fünf Qualitätsdimensionen/Qualitätsbereiche

<b>Konzeptqualität (auch „Planungsqualität bzw. „Assessmentqualität“)</b>
Hier geht es darum, wer die Ziele der Beteiligung festlegt und welche zuständigen Personen und Organisationen an der Umsetzungsstrategie beteiligt sein sollen. (Zinser 2014)
...bezieht sich u. a. auf diese Fragen: Ist der Bedarf sachlich dargestellt? Sind die Bedürfnisse der Zielgruppe erfasst? Sind die Vorerfahrungen aus anderen Projekten angemessen berücksichtigt? Sind die wissenschaftlichen Grundlagen aufbereitet und wurde (das Verfahren) theoriegestützt entwickelt? (Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (LIGA.NRW) (2011): <i>Qualitätsinstrumente in Prävention und Gesundheitsförderung. Ein Leitfaden für Praktiker in Nordrhein-Westfalen</i> - <a href="https://www.lzg.nrw.de/_media/pdf/liga-praxis/liga-praxis_8_qualitaetswegweiser.pdf">https://www.lzg.nrw.de/_media/pdf/liga-praxis/liga-praxis_8_qualitaetswegweiser.pdf</a> )
<b>Prozessqualität</b>
...ist auf den Ablauf des Beteiligungsverfahrens bezogen. Es geht um Fairness im Verlauf, die Qualität der Gesprächsatmosphäre, die Kompetenz der Teilnehmenden. Die Prozessindikatoren fragen nach der Motivation der Teilnehmenden, dem Grad kooperativer Zusammenarbeit, der effektiven und freudvollen Nutzung der Zeit etc. Die Veranstaltung soll innovativ und sektorübergreifend sein, viele sollen einbezogen werden. Sie soll fair ablaufen und institutionalisiert werden. Die Teilnehmenden sollen motiviert und befähigt werden. (Weber 2003)
Bei der Prozessqualität von Partizipation geht es darum, wie gut es den Beteiligten im Partizipationsprozess gelingt, ihre subjektiven Wahrnehmungen und Interessen zu artikulieren, sich gegenseitig zu verstehen und in einen Dialog zu treten. (Knauer/Sturzenhecker 2005)
Wie wird miteinander umgegangen? Wie gestaltet sich die Interaktion zwischen den Beteiligten? Beteiligung kann anstrengend sein, sie muss aber auch Spaß machen, damit Frustrationserlebnisse im demokratischen Prozess gut tragbar werden. (Zinser 2014)
<b>Strukturqualität</b>
Hier werden die Entscheidungen über die Rahmenbedingungen der Beteiligung getroffen. Wie viel Personal und welche Finanzmittel werden in eine gelingende Beteiligung investiert? Sind die Entscheidungsstrukturen so angelegt, dass Beteiligungsvorhaben auch zum Erfolg führen können? Gibt es ein Vorschlags- und Rederecht? Steht den Teilnehmern in Stimmrecht zur Verfügung? Werden die Teilnehmer für Beteiligung qualifiziert? (Zinser 2014)
...bezieht sich auf die für die Veranstaltung geschaffenen Voraussetzungen (wie ausgewähltes Verfahren, eingeladene Teilnehmer, Themenstellung, Gewährleistung von Räumlichkeiten, Verpflegung etc.). Der gewünschte Erfolg gilt z.B. als erreichbar, wenn es gelingt, „relevante Akteure als Teilnehmer zu gewinnen“, die „Veranstaltungen perfekt organisiert und publiziert“ wird, „eine repräsentative Zusammensetzung“ erreicht wird und gute Bedingungen wie Räumlichkeiten und Arbeitsmaterialien geschaffen werden. (Weber 2003)
Strukturqualität beschreibt die formalen Bedingungen, die die Basis von Partizipation im Blick auf die Ergebnisqualität – zunehmende Selbstbestimmung und Mitverantwortung sowie das Nachdenken über diese Erfahrungen – darstellen. Strukturqualität behandelt damit vor allem die Frage nach einer strukturellen Verankerung von Beteiligung – unabhängig von subjektiven und situativen Wahrnehmungen und Handlungen (Knauer/Sturzenhecker 2005)

<p>Ergebnisqualität</p>
<p>Ergebnisqualität beschreibt das Ergebnis bzw. die Wirkung einer Leistung. Die Ergebnisqualität kann damit als der Grad beschrieben werden, in dem es (Bürgern) gelingt, ihre Rechte auf Selbstbestimmung und Teilhabe an sie betreffenden Entscheidungen wahrzunehmen und damit auch Verantwortung in dem Sinne zu übernehmen, dass sie sich zuständig fühlen und ihre Interessen in öffentlichen Aushandlungsprozessen vertreten können. Darüber hinaus ist vor allem unter dem Aspekt politischer Bildung bedeutsam, wie (Bürger) Partizipationserfahrungen subjektiv reflektieren und so Wirkungen in ihren Lebensbezügen herstellen. Vor allem das Nachdenken über Partizipation eröffnet (politische) Bildungsprozesse. (Knauer/Sturzenhecker 2005)</p>
<p>Ist es den Verantwortlichen ein ernsthaftes Anliegen, die Bedürfnisse, Meinungen und Beschlüsse der Teilnehmer in ihre Entscheidungsfindung aufzunehmen? Werden die Arbeitsergebnisse und Vorschläge zügig umgesetzt, so dass die Teilnehmer, die sich dafür eingesetzt haben, die Ergebnisse auch noch genießen können? (Zinser 2014)</p>
<p>Die Ergebniskriterien werden über die Ziele der Veranstalter/innen und Teilnehmer/innen, die Zielsetzungen und ausgearbeitete Aktionspläne definiert. Ziele sind z.B. Konsens, Multiplikatoreffekte, das Erreichen einer breiteren Öffentlichkeit, die Stärkung von Projektzusammenhängen. Eine Ergebnisqualität der besonderen Art bezieht sich auf die Nachhaltigkeit kollektiver Lernprozesse. Der Aspekt der Kompetenzentwicklung bezieht sich auf immaterielle Erträge im Bereich der Prozesskompetenz der Teilnehmer/innen, Solidarität, Vertrauen, demokratische Arbeitsformen, Demokratisierung von Entscheidungsprozessen, gestiegenes Problembewusstsein in der Region, gestiegene Bereitschaft, mit anderen einen Beitrag zu leisten. (Weber 2003)</p>
<p>Zugewinnqualität</p>
<p>Der Zugewinn fragt nach mehr als dem erreichten Ergebnis und einem guten Prozess. Beteiligung mit Zugewinn zeichnet sich dadurch aus, dass die (Bürger) auch eine Bereicherung für ihre aktuelle Lebensphase und für ihre Entwicklungsaufgaben erleben konnten. Welche Lebenskompetenzen konnten sie sich aneignen? Welche bereichernden Begegnungen wurden ihnen ermöglicht? Welche Sinnhaftigkeit konnten sie in dem Engagement erleben – und das nicht nur bezogen auf das Gemeinwesen, sondern für ihre ganz persönlichen und aktuellen Lebensthemen? (Zinser 2014)</p>

## 7.2 Terminologien

- **Qualitätskriterien** (Netzwerk Bürgerbeteiligung 2013)
- **Standards** für gute Beteiligung (KGSt 2014)
- **Gute Praxis Standards** für die Bürgerbeteiligung (Niedersächsische Staatskanzlei 2002)
- **Grundsätze** der Beteiligung (Potsdam 2014)
- **Leitlinien** (Heidelberg 2014) (Zebralog)
- **Handlungsempfehlungen** (Senatsverwaltung Berlin 2011)
- **Erfolgsfaktoren** (RWE 2012)
  - Erfolgsfaktoren **guter** Beteiligung (BMVI 2014)
  - Erfolgsfaktoren für ein **gelingende** Beteiligung (Gießen 2015)
  - Faktoren für eine **gelungene** Bürgerbeteiligung (Nanz/Fritsche 2012)
- **Beratungscheckliste** (Bezirksregierungen NRW 2015)
- **Thesen** (Bundesverband Mediation 2011)
- **Prinzipien** (Impuls – Agentur für Angewandte Utopien e. V. 2014)
- **Standardisierter Ablauf** mitgestaltender Bürgerbeteiligung (Heidelberg)
- **Merkmale** der Öffentlichkeitsbeteiligung (Kiel 2013)
- **Vorschläge**, um Bürgerbeteiligung besser zu gestalten (Mehr Demokratie 2012)
- **Dialogversprechen** (IKU\_DIE DIALOGGESTALTER)

## 7.3 Partizipatorisches Hexagon



(Kamlage 2014)

## 7.4 Sammlung von Qualitätskriterien aus Kommunen, Ländern, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Praxis

Haltung - Bekenntnis - Fairness	
Gute Beteiligung braucht die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog.	Netzwerk Bürgerbeteiligung (2013) KGSt (2014)
Aufgeschlossene und wertschätzende Grundhaltung	Staatsministerium Baden- Württemberg (2014) Bezirksregierungen NRW (2015)
Gute Bürgerbeteiligung ist keine Einbahnstraße, sondern unterstützt auch Beteiligungswünsche und Ideen aus der Bürgerschaft.	Darmstadt (2015)
Gute Bürgerbeteiligung braucht die Bereitschaft aller Beteiligten zum Dialog und eröffnet Möglichkeiten für einen offenen Diskussions- und Aushandlungsprozess.	Darmstadt (2015)
Bereitschaft und Offenheit	Bertelsmann Stiftung (2013)
Glaubwürdigkeit: Authentizität und Aufrichtigkeit	VDI (2015)
Respekt: prinzipielle Anerkennung des Anderen ohne Absichten zur Instrumentalisierung	VDI (2015)
Überzeugendes Bekenntnis	Bertelsmann Stiftung (2013)
Bürgerschaftliche Mitverantwortung muss man ernsthaft wollen.	Stiftung Zukunft Berlin 2012a
Persönliche Verantwortung	VDI (2015)
Ansprechpartnerinnen oder –partner	Ramboll (2014)
Zuhören und verstehen: Menschen für ein Projekt zu gewinnen, bedeutet auch, ihre Sorgen und Vorbehalte ernst zu nehmen.	RWE (2012)
Grundhaltung der Akteure	Bürgerbeteiligung in Köln (2012)
Bürger sind keine Beschwerdeführer, sondern Partner. Sie werden fair behandelt und auch fachlich ernst genommen.	Bundesverband Mediation (2011)
Fairness	Linder/Vatter (1996)
Die Motivation eine Beteiligung durchzuführen, ist an inhaltlicher Erkenntnis und dem Sachthema orientiert. (Sachorientierung)	Zebralog (o.J.)
Eine aufrichtige Beteiligung setzt eine entsprechende Haltung bei den Beteiligten voraus. Die Beteiligten spüren den Unterschied, ob die Beteiligten authentisch sind und Beteiligung ernsthaft anbieten oder diese ausschließlich als Instrument zur Befriedung eingesetzt wird.	BMVI (2014)
„in dubio pro participatione“	Wulfhorst (2013)

<b>Augenhöhe</b>	
Gute Beteiligung ist ein Dialog auf Augenhöhe	Netzwerk Bürgerbeteiligung (2013) KGSt (2014)
Begegnung auf gleicher Augenhöhe. Die formalen Rollen, Funktionen und Hierarchien, in welche die Beteiligten in ihrem Alltag eingebunden sind, spielen im Beteiligungsprozess idealer Weise keine Rolle. Die Teilnehmenden des Prozesses begegnen einander auf gleicher Augenhöhe innerhalb einer Kultur des achtsamen Zuhörens und der gegenseitigen Wertschätzung.	Impuls – Agentur für Angewandte Utopien e. V. (2014)
Die Beteiligung basiert auf gegenseitigem Vertrauen der Akteure und zeichnet sich durch einen respektvollen, höflichen und korrekten Umgang aus. Die Beteiligten zeigen, dass sie den Bürger ernst nehmen und mit ihm auf Augenhöhe diskutieren wollen. Dies trägt auch zur Glaubwürdigkeit der Beteiligten bei.	BMVI (2014)
Bürgerinnen und Bürger müssen während des gesamten Prozesses ernst genommen werden. Die Kommunikation sollte mit gegenseitiger Wertschätzung und auf Augenhöhe erfolgen.	Nanz/Fritsche (2012)
Eine erfolgreiche Öffentlichkeitsbeteiligung ist bürgernah ausgestaltet. Sie ermöglicht eine faire Diskussion der Beteiligten auf Augenhöhe und auf der Grundlage von objektiven, nicht interessensgeleiteten Informationen. Dazu werden z. B. wichtige Unterlagen allgemeinverständlich formuliert oder bei Bedarf ergänzend mündlich erläutert.	Flasbarth u.a. (2012)

<b>Beteiligungskultur</b>	
Institutionelle Integration	Linder/Vatter (1996)
Gute Beteiligung ist in eine lokale Beteiligungskultur eingebettet.	Netzwerk Bürgerbeteiligung (2013)
Einbettung in die lokale politische Kultur	Bürgerbeteiligung in Köln (2012)
Förderung einer Anerkennungskultur	Potsdam (2014)
Essentiell für eine Verbesserung dieser Situation ist eine neue Beteiligungskultur.	Flasbarth u.a. (2012)
Langfristigkeit und verbesserte Qualität der Bürgerbeteiligung	BUND (2011)

Aufwand - Nutzen	
Erwarteter positiver Effekt und Aufwand der Beteiligung stehen für alle Beteiligten in einem akzeptablen Verhältnis.	BMVI (2014)
Die Art der Mitwirkung muss angemessen, die Steuerung des Verfahrens neutral sein.	Stiftung Zukunft Berlin 2012a
Angemessenheit	VDI (2015)
Die Beteiligung muss den Bürgern nützen.	Stiftung Zukunft Berlin 2012b

Zeit	
Frühzeitigkeit	Staatsministerium Baden-Württemberg (2014) Bezirksregierungen NRW (2015)
Frühe und iterative Beteiligung	Linder/Vatter (1996)
Gute Bürgerbeteiligung beginnt frühzeitig.	Darmstadt (2015)
Frühzeitige Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner	Potsdam (2014)
Frühzeitige Einbindung der Bürgerschaft	STEG (o.J.)
Frühzeitige Information und Einbindung der Einwohner/innen	Gießen (2015)
Frühzeitige Information über Vorhaben und Projekte der Stadt	Heidelberg (2015)
Frühzeitigkeit der Bürgerbeteiligung mit offener Alternativenprüfung sichert fairen, ergebnisoffenen Planungsprozess	BUND (2011)
Frühzeitigkeit: deutlich vor den gesetzlich geregelten Planungs- und Genehmigungsverfahren	VDI (2015)
Richtigen Zeitpunkt für Bürgerbeteiligung wählen und diese zeitlich begrenzen	KGSt (2014)
Die Bürgermitwirkung findet planungsbegleitend statt und beginnt zu einem frühen Zeitpunkt, möglichst schon bei der Bedarfsplanung.	Bundesverband Mediation (2011)
Die Beteiligung erfolgt frühzeitig, wenn noch Entscheidungsspielräume vorhanden sind, und über den gesamten Verlauf des Planungs- und Zulassungsprozesses.	BMVI (2014)
Eine in diesem Sinne erfolgreiche Öffentlichkeitsbeteiligung beginnt frühzeitig, also nicht erst, wenn „alle Würfel schon gefallen sind“, sondern wenn maßgebliche Realisierungsoptionen bis hin zu Bedarfsfragen noch offen sind.	Flasbarth u.a. (2012)
Ausreichend Zeit für Einwendungen	Mehr Demokratie (2012)

Ziele	
Gegenstände, Aufgaben und Ziele klären	Rösener/Selle (2007)
Es muss klar sein, worum es geht.	Stiftung Zukunft Berlin 2012a
Klare Zielsetzung	Bezirksregierungen NRW (2015)
Gute Beteiligung braucht klare Zielsetzungen und Rahmenbedingungen.	KGSt (2014)
Klare Zielsetzungen & Ergebnisoffenheit	Gießen (2015)
Gute Bürgerbeteiligung braucht eine klare Ziel- und Rahmensetzung (Erwartungsmanagement)	Darmstadt (2015)
Klarheit der Zielstellung	Ramboll (2014)
Gute Beteiligung braucht Ressourcen und klare Ziel- und Rahmensetzungen.	Netzwerk Bürgerbeteiligung (2013)
Ziele und Rahmensetzungen	Bürgerbeteiligung in Köln (2012)
Festlegung der Ziele des Beteiligungsprozesses	STEG (o.J.)
Klärung der Erwartungshaltungen gegenüber dem Beteiligungsprozess	STEG (o.J.)
Effektive Bürgermitwirkung widmet sich der Suche nach konsensualen Zielen, statt der Abwehr von Forderungen.	Bundesverband Mediation (2011)
Dem Beteiligungsverfahren muss ein klar definiertes Ziel zugrunde liegen: Soll die demokratische Bildung der Bürgerinnen und Bürger gestärkt oder die öffentliche Debatte angestoßen werden? Geht es um eine Beratung von Politik und Verwaltung oder sollen politische Entscheidungen direkt von Bürgerinnen und Bürgern beeinflusst werden?	Nanz/Fritsche (2012)

formelle Verfahren	
Öffentlichkeitsbeteiligung ersetzt die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsmöglichkeiten in keinem Fall und darf auch nicht parallel betrieben werden	Kiel (2013)
Bestellung von Ombudslenten für die Anhörungsverfahren	BUND (2011)
Ergebnisoffene Grundsatzanhörung bzw. vorgelagerte Öffentlichkeitsbeteiligung	Mehr Demokratie (2012)
Erörterungstermin findet zwingend statt	Mehr Demokratie (2012)
Informelle Bürgerbeteiligung mit förmlichen Verfahren abstimmen	Wulfhorst (2013)
Eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung erfolgt in förmlichen und informellen Schritten. Die informelle Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verbände erfolgt bei Bedarf ergänzend während des gesamten Prozesses, beginnend im Vorfeld des Verfahrens bis hin zur Entscheidung.	Flasbarth u.a. (2012)
Bei Verfahren, bei denen eine Verwaltung gleichzeitig als Vorhabenträger und Zulassungsbehörde fungiert, z.B. bei Vorhaben auf kommunaler Ebene, sollte geprüft werden, ob Interessenkollisionen bestehen und wie diese zu lösen sind (z.B. durch die Verlagerung der Zuständigkeit für die Zulassung auf eine andere Behörde oder Verwaltungsebene).	Flasbarth u.a. (2012)

Offenheit - Gestaltungsspielräume	
Ergebnisoffenheit	Ramboll (2014)
Gute Bürgerbeteiligung setzt Gestaltungsspielräume und Ergebnisoffenheit voraus.	Darmstadt (2015)
Handlungsspielräume: Willen und Bereitschaft, gemeinsam etwas gestalten zu wollen, entsprechende Handlungsspielräume zu schaffen, nach gemeinsam tragbaren Alternativen zu suchen und diese später umzusetzen	VDI (2015)
Gute Beteiligung nutzt die vorhandenen Gestaltungsspielräume.	Netzwerk Bürgerbeteiligung (2013)
Prozesse sollen soweit ergebnisoffen sein, wie es der bestehende Gestaltungsspielraum zulässt. Alle Beteiligte müssen sich auch mit konträren Positionen auseinandersetzen	Kiel (2013)
Chancen und Grenzen des Machbaren sind grundsätzlich aufzuzeigen, um keine falschen Hoffnungen zu wecken. Dafür muss Verständnis geschaffen werden. Nur durch die klare Definition des Gestaltungsspielraumes können Beteiligungsmöglichkeiten realistisch eingeschätzt werden	Kiel (2013)
Bürgermitwirkung ist nur sinnvoll, wenn Gestaltungsspielräume vorhanden sind.	Bundesverband Mediation (2011)
Ergebnisoffenheit. Ernst gemeinte Beteiligung ist ergebnisoffen. Ein Beteiligungsprozess, in dem die gewünschten Ergebnisse im Vorhinein feststehen und ein Handlungs- und Entscheidungsspielraum nur vorgetäuscht wird, kann nicht zum Erfolg führen: Die Betroffenen merken, dass sie nicht ernst genommen werden und werden entsprechend reagieren.	Impuls – Agentur für Angewandte Utopien e. V. (2014)
Es gibt etwas zu entscheiden oder zu beeinflussen. (Entscheidungsspielraum)	Zebralog (o.J.)
Offenheit: Anregungen aus dem Prozess aufnehmen können und wollen	VDI (2015)
Offen legen, was „verhandelbar“ ist	Wulfhorst (2013)
Verschiedene Wege aufzeigen: Zu einem konstruktiven Dialog gehört die ergebnisoffene Diskussion echter Alternativen.	RWE (2012)
Offenheit für echte Planänderungen	Staatsministerium Baden-Württemberg (2014)
Die Beteiligung ist möglichst ergebnisoffen und eröffnet im Rahmen des wirtschaftlich und rechtlich Machbaren konkrete Einflussmöglichkeiten.	BMVI (2014)
Sind bestimmte Fragen nicht mehr offen, sondern z. B. auf einer vorgelagerten Ebene bereits entschieden, muss dies allen Beteiligten klar sein. Beteiligung darf keine falschen Hoffnungen wecken.	Flasbarth u.a. (2012)
Um falsche Hoffnungen oder überhöhte Erwartungen zu vermeiden, muss bereits zu Beginn der informellen Beteiligung klargestellt werden welche Gestaltungsspielräume für gemeinsame Absprachen bestehen.	Flasbarth u.a. (2012)

Rahmenbedingungen - Regeln - Rollen	
Gute Beteiligung braucht verbindliche Regeln.	KGSt (2014)
Fairness & Spielregeln im Prozess	Gießen (2015)
Verlässliche Verfahren und verbindlichen Regeln gelten für alle	Kiel (2013)
Rahmenbedingungen klären	Rösener/Selle (2007)
Klarheit der Verfahrensregeln	Ramboll (2014)
Die Grenzen der Mitwirkung und die Frage, in welchen Händen die Entscheidungshoheit letztendlich liegt, müssen von Anfang an feststehen und deutlich kommuniziert werden.	Nanz/Fritsche (2012)
Spielraum und Spielregeln der Beteiligung klar kommunizieren	Staatsministerium Baden-Württemberg (2014)
Gemeinsame Festlegung der Entscheid- und Verfahrensregeln	Linder/Vatter (1996)
Erwartungssicherheit	Linder/Vatter (1996)
Definition von Zeitplan, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten	STEG (o.J.)
Die verbindlichen Regeln und Abläufe des Beteiligungsverfahrens werden klar kommuniziert. (Beteiligungsrahmen)	Zebralog (o.J.)
Rollenklarheit	Ramboll (2014)
Sowohl innerhalb eines Verfahrens als auch in seiner Außendarstellung muss Klarheit über die Rollenaufteilung und die Zuständigkeiten aller Beteiligten herrschen (so z.B. Auftraggeber/innen, Projektleiter/innen, Dienstleister/innen, wissenschaftliche Berater/innen, Moderator/innen und technische Begleiter/innen).	Nanz/Fritsche (2012)
Die Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung sind verständlich dargestellt. (Leistungsversprechen)	Zebralog (o.J.)
Um falsche Hoffnungen oder überhöhte Erwartungen zu vermeiden, muss bereits zu Beginn der informellen Beteiligung klargestellt werden, wie die erzielten Ergebnisse jeweils in das förmliche Verfahren und die Entscheidung eingehen können.	Flasbarth u.a. (2012)
Voraussetzung auch für eine das formale Verfahren ergänzende informelle Beteiligung ist, die Form des Verfahrens, der Spielregeln sowie der Berücksichtigung der Ergebnisse im weiteren Verfahrensablauf zu klären und Akzeptanz dafür bei alle Beteiligten zu schaffen.	Flasbarth u.a. (2012)
Mandatierung	Ramboll (2014)
Ist externe Expertise erforderlich, sollten sich die Beteiligten auf unabhängige Gutachterinnen/Gutachter einigen. Dazu sind auch Formate für die Einbeziehung unterschiedlicher wissenschaftlicher Auffassungen erforderlich. Die beteiligten Seiten sollten bei jeglicher Form der informellen Beteiligung im eigenen Interesse darauf hinwirken, dass in Gesprächskreise delegierte Personen oder die „Verhandlungsführenden“ bei größeren Runden ad personam benannt werden.	Flasbarth u.a. (2012)

Transparenz	
Transparenz	Linder/Vatter (1996) Ramboll (2014) Bürgerbeteiligung in Köln (2012)
Einblick und Transparenz	Bertelsmann Stiftung (2013)
Transparente Strukturen	STEG (o.J.)
Transparente Entscheidungsabläufe sicherstellen	STEG (o.J.)
Transparenz sowohl im Beteiligungsprozess als auch in Bezug auf das Ergebnis	Kiel (2013)
Alle Informationen zum Thema müssen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Verfahrens frei und umstandslos zugänglich sein.	Nanz/Fritsche (2012)
Zugleich müssen sich auch Außenstehende jederzeit über Ziel(e), Auftraggeberinnen und Auftraggeber, Teilnehmende und den Stand des jeweiligen Verfahrens informieren können. Eine solche Transparenz dient einerseits als Möglichkeit zur Kontrolle, sie schafft andererseits auch eine breite Vertrauensbasis.	Nanz/Fritsche (2012)
Zu allen wesentlichen Fragen Transparenz herstellen	Rösener/Selle (2007)
Moderne Formen der kooperativen Demokratie und neue Kommunikationsmedien nutzen --> absolute Transparenz	Wulfhorst (2013)
Transparenz: Ziele, Interessen u.a.m. nachvollziehbar und verständlich begründen und leicht zugänglich dokumentieren	VDI (2015)
Rechtzeitig alle planungsrelevanten Unterlagen zur Verfügung stellen bzw. einsehbar machen	Mehr Demokratie (2012)
Bürgermitwirkung beginnt damit, dass Planungsgrundlagen zugänglich und nachvollziehbar sind.	Bundesverband Mediation (2011)
Die Beteiligung ist transparent im Hinblick auf Informationen bzgl. des Prozesses, die Zielsetzung, die entscheidungserheblichen Fragestellungen der jeweiligen Verfahrensebene und konkrete Einflussmöglichkeiten, bereits getroffene Entscheidungen auf vorgelagerten Verfahrensebenen und die Beteiligungsfristen. Sie muss die Entscheidungsspielräume und damit auch die Grenzen der Beteiligung offen legen und darf keine falschen Erwartungen wecken.	BMVI (2014)
Der Prozess muss insgesamt transparent sein. Der Verlauf und die Ergebnisse von informellen Beteiligungsschritten müssen sämtlichen Betroffenen zeitnah zur Verfügung stehen (z.B. Dokumente und Videostreams im Internet, Regionalfernsehen).	Flasbarth u.a. (2012)

Verhältnis zur Politik	
Gemeinderat: Entscheidung in der Sache	Heidelberg (2015)
Die Öffentlichkeitsbeteiligung ersetzt nicht den politischen Wettstreit und die Entscheidungskompetenz der Ratsversammlung und der Verwaltungsspitze	Kiel (2013)
Position beziehen: Vorhaben und Zusammenhänge müssen immer auch durch die Politik erklärt werden – die Bürger erwarten klare Statements.	RWE (2012)

Information - Kommunikation	
Faire Kommunikation anbieten	Rösener/Selle (2007)
Kommunikationsangebote attraktiv machen	Rösener/Selle (2007)
Information verständlich bereitstellen	Staatsministerium Baden-Württemberg (2014) Bezirksregierungen NRW (2015)
Gute Beteiligung braucht transparente Information.	Netzwerk Bürgerbeteiligung (2013) KGSt (2014)
Gute Bürgerbeteiligung braucht eine für alle Bürgerinnen und Bürger verständliche Information und Kommunikation und eine breite Öffentlichkeitsarbeit.	Darmstadt (2015)
Niedrigschwellige Informationsbereitstellung	Potsdam (2014)
Die Verfahren zeichnen sich durch frühzeitige und umfassende Information aus.	Kiel (2013)
Klarheit: klare, gut verständliche Sprache; klare Unterscheidung zwischen robustem Wissen und Wissenslücken bzw. Unsicherheiten	VDI (2015)
Angemessene Kommunikationskultur	Potsdam (2014)
Sie soll das Verständnis für andere Meinungen unterstützen und den Interessenausgleich fördern	Kiel (2013)
Transparente, öffentlichkeitswirksame Kommunikation und Aufbau eines Informationsnetzwerkes	STEG (o.J.)
Transparenter Umgang mit Informationen. Alle wesentlichen Informationen zu dem bearbeiteten Anliegen und zu Aktivitäten innerhalb des Prozesses sind öffentlich zugänglich und werden für alle Beteiligten sowie auch für externe Beobachter_innen sorgfältig und nachvollziehbar dokumentiert.	Impuls – Agentur für Angewandte Utopien e. V. (2014)
Die notwendige Information ist allen zugänglich und allgemein verständlich aufbereitet, dabei wird auf eine zielgruppengerechte Ansprache geachtet.	BMVI (2014)
Kommunikation mit den Bürgern zentralen Stellenwert einräumen.	Wulfhorst (2013)
Einfache Formel: Medien werden den komplexen Sachverhalten von Großprojekten oftmals nicht gerecht und produzieren daher Zerrbilder.	RWE (2012)
Nicht mit allen über alles reden	Rösener/Selle (2007)

Öffentlichkeit – Akteure - Teilnehmer	
Das Verfahren ist öffentlich.	Stiftung Zukunft Berlin 2012b
Relevante Akteure identifizieren	Rösener/Selle (2007)
Gute Beteiligung erreicht alle Zielgruppen adäquat.	KGSt (2014)
Gute Bürgerbeteiligung ermöglicht allen Bürgerinnen und Bürgern die Mitwirkung und bindet schwer erreichbare Zielgruppen aktiv ein.	Darmstadt (2015)
Gemeinsame Verantwortung der Akteure	Gießen (2015)
Anregung von Bürgerbeteiligung	Heidelberg (2015)
Inklusion der Akteure	Ramboll (2014)
Aktive Einbindung aller Akteure	Staatsministerium Baden-Württemberg (2014) Bezirksregierungen NRW (2015)
Einbindung aller Einwohnerinnen und Einwohner	Gießen (2015)
Die Auswahl der Mitwirkenden muss begründet sein.	Stiftung Zukunft Berlin 2012a
Gute Beteiligung ermöglicht die Mitwirkung aller.	Netzwerk Bürgerbeteiligung (2013)
Einbeziehung (Mitwirkung aller relevanten Akteursgruppen)	Bürgerbeteiligung in Köln (2012)
Kollektive Intelligenz	Bürgerbeteiligung in Köln (2012)
Kompetente Fachleute hinzuziehen	Rösener/Selle (2007)
Kompetenz der Beteiligten	Linder/Vatter (1996)
Die politisch und administrativ Zuständigen müssen mitwirken.	Stiftung Zukunft Berlin 2012b
Inklusion. Jede_r ist willkommen. Der Beteiligungsprozess ist offen für alle, die sich einbringen wollen. Die Wege und der Stil der Kommunikation sollten so inklusiv gestaltet sein, dass Menschen verschiedener Hintergründe erreicht werden, sich angesprochen und niedrigschwellig zum Mitmachen eingeladen fühlen.	Impuls – Agentur für Angewandte Utopien e. V. (o.J.)
Die organisierenden Akteure (Verwaltung, Politik, Moderation) verstehen sich als aktiver Bestandteil des Beteiligungsprozesses und gehen auf Fragen und Anregungen ein. (Responsivität)	ZebraLog (o.J.)
Die Auswahl der Beteiligten basiert auf einer fundierten Ermittlung der potentiellen Zielgruppen (Akteursanalyse), es wird keine Interessensgruppe ausgeschlossen.	BMVI (2014)

<b>Verbindlichkeit</b>	
Gute Beteiligung ist verbindlich und verlässlich.	KGSt (2014)
Verbindlichkeit von Beteiligungsprozessen	Potsdam (2014)
Verbindlichkeit sowohl im Beteiligungsprozess als auch in Bezug auf das Ergebnis	Kiel (2013)
Gute Beteiligung ist verbindlich und verlässlich.	Netzwerk Bürgerbeteiligung (2013)
Verbindlichkeit und Prozessgestaltung	Bürgerbeteiligung in Köln (2012)

<b>Teilnehmerwerbung</b>	
Die Bürger werden frühzeitig sensibilisiert; für ihre Teilnahme am Beteiligungsprozess wird geworben.	<b>BMVI (2014)</b>
Das Beteiligungsangebot wird aktiv und medienübergreifend beworben, damit die Zielgruppe eine realistische Chance hat, davon zu erfahren. Die Werbemaßnahmen sind zu dokumentieren. (Öffentlichkeitsarbeit)	<b>Zebralog (o.J.)</b>

<b>Empowerment - Chancengleichheit – Zugang</b>	
Aktivierung von Einwohnerschaft und Verwaltung zur Beteiligung	Potsdam (2014)
Herstellung von Chancengleichheit in Beteiligungsprozessen	Potsdam (2014)
Ungleiche ungleich behandeln	Rösener/Selle (2007)
Motivation der Beteiligten	Linder/Vatter (1996)
Ausgleich zwischen den verschiedenen sozialen Schichten	Linder/Vatter (1996)
Innerhalb des Gestaltungsspielraumes muss Chancengleichheit zwischen den beteiligten Gruppen herrschen. Es gilt, künftig schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen erfolgreicher anzusprechen	Kiel (2013)
Die Suche nach dem Konsens erfordert bisweilen vor Medienöffentlichkeit geschützte Diskussionsphasen.	Bundesverband Mediation (2011)
Selbstermächtigung. Jede_r, der/die für eine Aktivität im Rahmen des Prozesses die Initiative ergreift und Verantwortung übernehmen möchte, wird darin bestärkt und unterstützt – solange die Initiative transparent und für alle anderen Beteiligten zugänglich bleibt.	Impuls – Agentur für Angewandte Utopien e. V. (2014)
Die Beteiligten und Beteiligenden sollten über Kommunikations- und Beteiligungskompetenzen verfügen, um den Prozess erfolgreich gestalten zu können, oder werden darin unterstützt, diese Kompetenzen zu entwickeln.	BMVI (2014)
Der Zugang zum Beteiligungsangebot hat möglichst geringe technische, sprachliche und strukturelle Hürden. (Barrierefreiheit)	Zebralog (o.J.)
Das Beteiligungsangebot ermöglicht Meinungsäußerungen ohne Angabe personenbezogener Daten. (Anonymität)	Zebralog (o.J.)

<b>Kosten - Finanzierung - Ressourcen</b>	
Ressourcen und Prozessmanagement	Bertelsmann Stiftung (2013)
Gute Bürgerbeteiligung braucht ausreichend personelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen.	Darmstadt (2015)
Kosten der Öffentlichkeitsbeteiligung einplanen	Bezirksregierungen NRW (2015)
Kosten der Öffentlichkeitsbeteiligung einplanen und Finanzierung offenlegen	Staatsministerium Baden-Württemberg (2014)

<b>Methoden - Kommunikationskonzept - Einzelfalllösung</b>	
Geeignete Methoden	Bertelsmann Stiftung (2013)
Beteiligungskonzept	Heidelberg (2015)
Ein Kommunikationskonzept erstellen.	Rösener/Selle (2007)
Informelle Beteiligungsverfahren mit Bürgern abstimmen	Wulfhorst (2013)
Der Beteiligungsprozess ist ergebnisorientiert und vorausschauend geplant. Zuständigkeiten, Räumlichkeiten, Finanzen, Verwaltungsabläufe und Akteure werden frühzeitig ermittelt bzw. organisiert.	BMVI (2014)
Kommunikations- und Beteiligungsstrategie für jeden Fall gesondert festlegen	Wulfhorst (2013)
Im Einzelfall können je nach den örtlichen Bedingungen (z. B. Anzahl der Betroffenen, Art der Belastungen) unterschiedliche Methoden geeignet sein.	Flasbarth u.a. (2012)
Flexibilität im Prozess. Jede Situation und jeder spezielle Fall sind einzigartig. Deshalb gibt es kein festes Ablaufschema für Beteiligungsprozesse. Jeder Prozess benötigt sein eigenes Verfahrensdesign, das sich in seinem Verlauf der gemeinsamen Arbeit flexibel weiterentwickeln kann. Dafür muss das Geschehen aufmerksam beobachtet und das geplante Vorgehen immer wieder an die tatsächlich eintretenden Erfordernisse angepasst werden.	Impuls – Agentur für Angewandte Utopien e. V. (2014)

<b>Faktenklärung</b>	
Umfassende Faktenklärung	Staatsministerium Baden-Württemberg (2014) Bezirksregierungen NRW (2015)
Am Anfang steht die Verständigung über Fakten.	Stiftung Zukunft Berlin 2012b
Mit Fakten überzeugen: Der intensive Austausch von Sachargumenten fördert einen Konsens eher als aufwendige „PR-Schlachten“.	RWE (2012)
Gutachten werden im Joint Fact Finding-Prozess erstellt	Mehr Demokratie (2012)

<b>Prozessgestaltung - Methodenwahl</b>	
Klare Prozessverantwortung	Ramboll (2014)
Professionelle Prozeßgestaltung und Flexibilität	Staatsministerium Baden-Württemberg (2014)
Eine professionelle Durchführung und Moderation des Beteiligungsprozesses muss gewährleistet sein.	Nanz/Fritsche (2012)
Sorgfältige Prozessgestaltung	Gießen (2015)
Gute Bürgerbeteiligung braucht eine sorgfältige und transparente Prozessgestaltung.	Darmstadt (2015)
Verfahrenstransparenz, Verfahrensqualität, Verfahrenseffizienz, Verfahrenskompetenz	Ramboll (2014)
Bei der Wahl der geeigneten Partizipationsmethode sind das Thema des Beteiligungsverfahrens (abstrakt oder konkret, mit kurz- oder langfristigen Folgen etc.), seine Ziele sowie limitierende soziale, politische und ökonomische Kontextbedingungen zu beachten.	Nanz/Fritsche (2012)
Gute Beteiligung braucht eine sorgfältige und kompetente Gestaltung des Beteiligungsprozesses.	Netzwerk Bürgerbeteiligung (2013)
Bei informellen Beteiligungsschritten kann es in manchen Fällen sinnvoll sein, diese allgemein zugänglich zu machen (z. B. Informationsveranstaltung in großem Rahmen), bei anderen kann ein begrenzter Kreis (runder Tisch) zweckmäßig sein.	Flasbarth u.a. (2012)

<b>Moderation – Dokumentation</b>	
Begleitung und Unterstützung durch kompetente neutrale Moderation und Fachkompetenz	STEG (o.J.)
Unabhängige Moderation	Bezirksregierungen NRW (2015) Mehr Demokratie (2012)
Unabhängige Moderation und Dokumentation	Staatsministerium Baden-Württemberg (2014)
Die Bürgermitwirkung wird durch unabhängige Mediatoren geleitet, um die Verwaltung zu entlasten und eine sachorientierte Diskussion zu ermöglichen.	Bundesverband Mediation (2011)
Ein faires Beteiligungsverfahren hat eine neutrale Moderation mit definierten, nachvollziehbaren Kompetenzen. (Moderation)	ZebraLog (o.J.)
Ist eine Moderation von informellen Beteiligungsschritten erforderlich, sollten sich die Beteiligten auf eine unparteiische Person einigen, die das Vertrauen der Beteiligten genießt. Der Moderator/die Moderatorin sollte klar definierte Freiheitsgrade im Prozess haben.	Flasbarth u.a. (2012)

<b>Umgang mit Konflikten</b>	
Konflikt als Chance. Konflikte bieten Chancen für Veränderungen, die sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientieren. Sie ermöglichen, dass sich innovative Ideen und neue Lösungen finden. Um Konflikte konstruktiv zu nutzen, ist es zum einen wichtig, ihnen auf den Grund zu gehen, um ihren Kern freizulegen. Zum anderen sollte der Prozess so moderiert werden, dass ein respektvoller und wertschätzender Umgang miteinander in der Konfliktbearbeitung möglich wird.	Impuls – Agentur für Angewandte Utopien e. V. (2014)
Das Verfahren ist kooperativ, nicht konfrontativ.	Stiftung Zukunft Berlin 2012b
Ausgleich zwischen konfliktfähigen und nichtkonfliktfähigen Interessen	Linder/Vatter (1996)
Umwandlung von Nullsummen-Konflikten in Positivsummen-Konflikte	Linder/Vatter (1996)
Direkte, verständliche Informationen und offene Konfliktaustragung	Linder/Vatter (1996)
Aufeinander zugehen: Konflikte lassen sich eher überwinden, wenn Vorhabenträger aktiv das Gespräch mit den betroffenen Bürgern suchen	RWE (2012)
Die Schaffung einer Situation, die aufgestaute Konflikte nicht weiter anschürt, ist essentiell für das Ergebnis. Verhandlungsführende in solchen Runden benötigen ein Mandat derer, die sie vertreten – vor allem wenn eine Absprache getroffen werden soll, an deren Ergebnis im förmlichen Verfahren eine verbindliche Rechtsfolge geknüpft ist.	Flasbarth u.a. (2012)

<b>Nachlaufende Beteiligung</b>	
Bürger bleiben nach Abschluss des Vorhabens beteiligt.	Stiftung Zukunft Berlin 2012a
Kontinuität	VDI (2015)
Motivation durch Beteiligung und Mitwirkung an der Umsetzung von Teil- oder Kleinprojekten	STEG (o.J.)

<b>Qualitätssicherung - Evaluation</b>	
Qualitätssicherung der Prozesse	Gießen (2015)
Evaluation & Reflexion	Gießen (2015)
Gute Bürgerbeteiligung braucht eine Dokumentation und Evaluation über alle Beteiligungsprozesse unter Berücksichtigung aller Perspektiven	Darmstadt (2015)

Ergebnisse – Umsetzung – Feedback	
Relevanz der Ergebnisse	Bertelsmann Stiftung (2013)
Umsetzung Beteiligungsverfahren. Erarbeitung einer Empfehlung	Heidelberg (2015)
Verlässlicher Umgang mit den Ergebnissen der Beteiligung	Gießen (2015)
Gute Bürgerbeteiligung ist verbindlich und verlässlich im Umgang mit den Ergebnissen.	Darmstadt (2015)
Ergebnisse zeitnah umsetzen	Rösener/Selle (2007)
Initiatorinnen und Initiatoren müssen dafür Sorge tragen, dass die an einem Verfahren Teilnehmenden ein verlässliches Feedback erhalten, das heißt, es ist (mindestens verfahrensöffentlich) zu begründen, welche Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens im weiteren Entscheidungsprozess berücksichtigt wurden – und welche nicht und warum.	Nanz/Fritsche (2012)
Umsetzung von Projekten fördern	STEG (o.J.)
Ergebnisse sind in einer neutralen, nachvollziehbaren und ergebnisoffenen Form aufbereitet und werden zeitnah veröffentlicht. (Rückmeldung)	Zebralog (o.J.)
Bei Projektbeginn steht fest, wie und von wem das Ergebnis der Beteiligung weiter genutzt wird. (Adressat)	Zebralog (o.J.)
Die Beteiligungsergebnisse werden in die (verwaltungs-)politischen Prozesse und Entscheidungen eingebunden. (Prozessrelevanz)	Zebralog (o.J.)
Es ist sicherzustellen, dass alle vorgetragene Standpunkte berücksichtigt und in den weiteren Entscheidungsprozess einbezogen werden.	Nanz/Fritsche (2012)

Lernen	
Lernprozesse gestalten	Rösener/Selle (2007)
Gute Beteiligung lernt aus Erfahrung.	Netzwerk Bürgerbeteiligung (2013)
Gute Beteiligung ist nachhaltig und lernt aus Erfahrung.	KGSt (2014)
Lernchancen	Linder/Vatter (1996)
Die Stärkung der Öffentlichkeitsbeteiligung ist langfristig ausgelegt, um nachhaltig Vertrauen zwischen den Beteiligten zu schaffen	Kiel (2013)

Sonstiges	
Bürgerbefragungen werden ermöglicht	Mehr Demokratie (2012)
Einführung eines verbindlichen Volks- und Bürgerentscheides für den Bund und die Länder	BUND (2011)
Effektivität der Bürgerbeteiligung und Gewährleistung der Rechtmäßigkeitskontrolle	BUND (2011)
Ausgleich zwischen kurzfristigen und langfristigen Interessen	Linder/Vatter (1996)
Wichtig ist, einen Rechtsrahmen auch für informelle Beteiligungsprozesse zu schaffen. Dieser sollte Regelungen für eine größtmögliche Verbindlichkeit der Absprachen, sowie zum Verhältnis der informellen und förmlichen Verfahrensschritte enthalten. Auch die Möglichkeit einer finanziellen Förderung der informellen Beteiligung (z.B. Mittel für unabhängige Sachverständige) kann helfen, guten informellen Prozessen eine größere Verbreitung zu geben.	Flasbarth u.a. (2012)

## 8. Literatur / Internetquellen<sup>2</sup>

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Büro für Zukunftsfragen (Hrsg.), Arbter, Kerstin (2010): Handbuch Bürgerbeteiligung. Für Land und Gemeinden, Wien – Bregenz -

<https://www.vorarlberg.at/pdf/handbuchbuergerbeteiligun.pdf>

Alcántara, Sophia, u.a. (2014): DELIKAT – Fachdialoge Deliberative Demokratie: Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess - [http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/delikat\\_bericht.pdf](http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/delikat_bericht.pdf)

Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder Of Citizen Participation -

<http://www.participatorymethods.org/sites/participatorymethods.org/files/Arnstein%20ladder%201969.pdf>

BDI (2011): Positionspapier: Die Zukunft von Infrastrukturprojekten. Akzeptanz steigern, Vorhaben beschleunigen, Planung vorantreiben, BDI-Drucksache Nr. 454, Berlin -

[http://bdi.eu/media/presse/publikationen/marketing/Broschuere\\_BDI\\_Akzeptanzpapier.pdf](http://bdi.eu/media/presse/publikationen/marketing/Broschuere_BDI_Akzeptanzpapier.pdf)

Beck, Sebastian/Stefanie Gutknecht (2011) - Talkshow statt Teilhabe? -

[http://www.vhw.de/fileadmin/user\\_upload/08\\_publicationen/verbandszeitschrift/2000\\_2014/PDF\\_Dokumente/2011/FWS\\_6\\_2011/FWS\\_6\\_11\\_Beck\\_Gutknecht.pdf](http://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/2000_2014/PDF_Dokumente/2011/FWS_6_2011/FWS_6_11_Beck_Gutknecht.pdf)

Bezirksregierungen NRW (2015): Leitfaden für eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung -

<http://www.brd.nrw.de/umweltschutz/pdf/Leitfaden-fruehe-OeB.pdf>

Bischoff, Ariane/Klaus Selle/Heidi Sinnig (1996): Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen, Dortmund – nicht online erhältlich

BMFSFJ (2015): Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen -

[http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/kindergerechtes-deutschland-brosch\\_C3\\_BCRe-qualit\\_C3\\_A4tsstandards.property=pdf.bereich=bmfsfj.sprache=de.rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/kindergerechtes-deutschland-brosch_C3_BCRe-qualit_C3_A4tsstandards.property=pdf.bereich=bmfsfj.sprache=de.rwb=true.pdf)

BMVI (2014): Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung, Berlin -

[https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/handbuch-buergerbeteiligung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/handbuch-buergerbeteiligung.pdf?__blob=publicationFile)

Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland -

[http://www.soziokultur.de/bsz/sites/default/files/file/2012\\_02\\_07\\_Boedeker\\_AP\\_01.pdf](http://www.soziokultur.de/bsz/sites/default/files/file/2012_02_07_Boedeker_AP_01.pdf)

Bonn – Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn (20143) -

[http://www.bonn.de/rat\\_verwaltung\\_buergerdienste/buergermitwirkung/leitlinien\\_buergerbeteiligung/index.html?lang=de&download=M3wBUQCu%2F8ulmKDu36WenojQ1NTTjAXZnqWfVpZLhmfhnapmmc7Zi6rZnqCkkIR2fH9%2FbKbXrZ2lhtTN34al3p6YrY7P1oah162apo3X1cjYh2%2BhoJRn6w%3D%3D](http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/buergermitwirkung/leitlinien_buergerbeteiligung/index.html?lang=de&download=M3wBUQCu%2F8ulmKDu36WenojQ1NTTjAXZnqWfVpZLhmfhnapmmc7Zi6rZnqCkkIR2fH9%2FbKbXrZ2lhtTN34al3p6YrY7P1oah162apo3X1cjYh2%2BhoJRn6w%3D%3D)

Bürgerbeteiligung in Köln (2012): Erarbeitet von Vertreter/innen Kölner Bürgerinitiativen im Rahmen zweier Workshops am 6. September und 24. Oktober 2012 - [http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter\\_beitraege/positionspapier\\_buebe\\_koeln\\_121119.pdf](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/positionspapier_buebe_koeln_121119.pdf)

[http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter\\_beitraege/positionspapier\\_buebe\\_koeln\\_121119.pdf](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/positionspapier_buebe_koeln_121119.pdf)

BUND (2011) – Fünf-Punkte-Programm zum Ausbau und zur Effektivierung der Bürgerbeteiligung -

[http://nrw.bund.net/fileadmin/bundgruppen/bcmlsvnrw/PDF\\_Dateien/BUND\\_Buergerbeteiligung\\_5-Punkte-Programm\\_Version\\_2\\_0\\_Okt\\_2011.pdf](http://nrw.bund.net/fileadmin/bundgruppen/bcmlsvnrw/PDF_Dateien/BUND_Buergerbeteiligung_5-Punkte-Programm_Version_2_0_Okt_2011.pdf)

BUND (2012) - Sechs-Punkte-Programm. Ausbau und Effektivierung der Bürger- und Verbandsbeteiligung -

[http://bund-sachsen-anhalt.de/fileadmin/download\\_pdfs/120531\\_bund\\_sonstiges\\_buergerbeteiligung\\_sechs\\_punkte\\_programm.pdf](http://bund-sachsen-anhalt.de/fileadmin/download_pdfs/120531_bund_sonstiges_buergerbeteiligung_sechs_punkte_programm.pdf)

Bundeskanzleramt Österreich (2009): Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung. Empfehlungen für die gute Praxis, Wien - [https://www.digitales.oesterreich.gv.at/documents/22124/30428/Oeffentlichkeitsbeteiligung-Standards-Empfehlungen\\_2008.pdf/1807fa41-9115-4cd3-b57c-7cc2f5ef109b](https://www.digitales.oesterreich.gv.at/documents/22124/30428/Oeffentlichkeitsbeteiligung-Standards-Empfehlungen_2008.pdf/1807fa41-9115-4cd3-b57c-7cc2f5ef109b)

[https://www.digitales.oesterreich.gv.at/documents/22124/30428/Oeffentlichkeitsbeteiligung-Standards-Empfehlungen\\_2008.pdf/1807fa41-9115-4cd3-b57c-7cc2f5ef109b](https://www.digitales.oesterreich.gv.at/documents/22124/30428/Oeffentlichkeitsbeteiligung-Standards-Empfehlungen_2008.pdf/1807fa41-9115-4cd3-b57c-7cc2f5ef109b)

<sup>2</sup> Zuletzt überprüft am 04.01.2018

- Bundeskanzleramt Österreich (2011): Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung. Praxisleitfaden, Wien - [http://www.partizipation.at/fileadmin/media\\_data/Downloads/Standards\\_OeB/praxisleitfaden\\_2011\\_72dpi\\_web.pdf](http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Standards_OeB/praxisleitfaden_2011_72dpi_web.pdf)
- Bundesverband Mediation (2011): Thesen der Fachgruppe Planen und Bauen zur Ausgestaltung von Planungsverfahren durch Bürgermitwirkung - [http://www.mediation-planen-bauen.de/fileadmin/mediation-planen-bauen/downloads/110215\\_Thesen\\_Ausgestaltung\\_Planungsverfahren.pdf](http://www.mediation-planen-bauen.de/fileadmin/mediation-planen-bauen/downloads/110215_Thesen_Ausgestaltung_Planungsverfahren.pdf)
- Busch, Lüder (2009): Bürgerbeteiligung in der städtebaulichen Planung - das Beispiel der kreisangehörigen Städte Schleswig-Holsteins - [https://www.hcu-hamburg.de/fileadmin/documents/IMZ/Veroeffentlichungen/Dissertationen/Lueder\\_Busch\\_Dissertation.pdf](https://www.hcu-hamburg.de/fileadmin/documents/IMZ/Veroeffentlichungen/Dissertationen/Lueder_Busch_Dissertation.pdf)
- Darmstadt (2015): Damit alle mitmachen können. Leitlinien zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der Wissenschaftsstadt Darmstadt - [https://da-bei.darmstadt.de/static/domain/2/Leitlinien\\_final.pdf](https://da-bei.darmstadt.de/static/domain/2/Leitlinien_final.pdf)
- Deutscher Städtetag (2013): Thesen zur Weiterentwicklung lokaler Demokratie - [http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/presse/2013/thesenpapier\\_lokale\\_demokratie\\_endfassung\\_ha\\_07\\_11\\_2013.pdf](http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/presse/2013/thesenpapier_lokale_demokratie_endfassung_ha_07_11_2013.pdf)
- DIVSI (2014): DIVSI-Studie zu Bereichen und Formen der Beteiligung im Internet. Ein Überblick über den Stand der Forschung - <https://www.divsi.de/wp-content/uploads/2014/04/DIVSI-Studie-zu-Bereichen-und-Formen-der-Beteiligung-im-Internet.pdf>
- DIVIS (2015): DIVSI Studie: Beteiligung im Internet – Wer beteiligt sich wie? Formen, Vorteile und Hürden der Beteiligung im Internet aus Sicht der DIVSI Internet-Milieus - [https://www.divsi.de/wp-content/uploads/2015/07/DIVSI-Studie-Beteiligung-im-Internet-Wer-beteiligt-sich-wie\\_web.pdf](https://www.divsi.de/wp-content/uploads/2015/07/DIVSI-Studie-Beteiligung-im-Internet-Wer-beteiligt-sich-wie_web.pdf)
- Flasbarth, Jochen u.a. (2012): Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Genehmigungsverfahren neu denken - <http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/4370.pdf>
- GAR NRW Grüne Alternative in den Räten NRW (2013): Bürgerbeteiligung in den Kommunen. Die „neue Gewaltenteilung“ in der lokalen Politik - <http://www.gar-nrw.de/files/GutachtenB%C3%BCrgerbeteiligungTelgteWeb.pdf>
- Gießen (2015): Bürgerbeteiligung in Gießen. Leitlinien für eine strukturierte Bürgerbeteiligung - [https://www.giessen.de/PDF/Leitlinien\\_f%C3%BCr\\_eine\\_strukturierte\\_B%C3%BCrgerbeteiligung.PDF?ObjSvrlD=684&ObjID=13123&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1426847254](https://www.giessen.de/PDF/Leitlinien_f%C3%BCr_eine_strukturierte_B%C3%BCrgerbeteiligung.PDF?ObjSvrlD=684&ObjID=13123&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1426847254)
- Grünwald, Reinhard, et.al. (2015): Handlungsmöglichkeiten für Kommunikation und Beteiligung beim Stromnetzausbau. Ein Praxishandbuch für Abgeordnete - <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Hintergrundpapier-hp020.pdf>
- Hammer, Katharina (Hg.) (2013), Bürgerinnenbeteiligung in der Stadt - [https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Stadtpunkte\\_9\\_.pdf](https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Stadtpunkte_9_.pdf)
- Heidelberg (2015): Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg - [http://www.heidelberg.de/site/Heidelberg\\_ROOT/get/documents\\_E-883021685/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/12\\_pdf\\_Buergerbeteiligung\\_Leitlinien\\_Komplettfassung.pdf](http://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-883021685/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/12_pdf_Buergerbeteiligung_Leitlinien_Komplettfassung.pdf)
- Herrmann, Matthias von (2015): „Stuttgart 21“ – Bürger mischen sich ein, - <http://www.bipar.de/buerger-mischen-sich-ein/>
- Hilpert, Jörg (Hg.) (2011) - Nutzen und Risiken öffentlicher Großprojekte: Bürgerbeteiligung als Voraussetzung für eine größere gesellschaftliche Akzeptanz - [http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2011/6349/pdf/AB019\\_Hilpert\\_et\\_al.pdf](http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2011/6349/pdf/AB019_Hilpert_et_al.pdf)
- IAP2 (2014) - IAP2's Public Participation Spectrum - [https://www.iap2.org.au/Tenant/C0000004/00000001/files/IAP2\\_Public\\_Participation\\_Spectrum.pdf](https://www.iap2.org.au/Tenant/C0000004/00000001/files/IAP2_Public_Participation_Spectrum.pdf)
- Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH (ifib) (2008): „E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government“ - <http://www.ifib.de/publikationsdateien/ifib-zebralog-e-partizipation-lang.pdf>

- Impuls – Agentur für Angewandte Utopien e. V. (2014): Praxisleitfaden Bürgerbeteiligung. Die Energiewende gemeinsam gestalten - <http://www.impuls.net/wp-content/uploads/2014/09/Praxisleitfaden-Buergerbeteiligung1.pdf>
- Innovationsstiftung Bayerische Kommune (2015): Kompendium Online-Bürgerbeteiligung - [http://www.bay-innovationsstiftung.de/fileadmin/docs/OBB/Online\\_Buergerbeteiligung.pdf](http://www.bay-innovationsstiftung.de/fileadmin/docs/OBB/Online_Buergerbeteiligung.pdf)
- Kamlage, Jan-Hendrik (2014) - Ideen für eine moderne Kampagne im Europäischen Jahr der Entwicklung, in: Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 4 - <http://welttrends.de/res/uploads/VENROB-FEB-4-Brandenburg-goes-global-ONLINE.pdf>
- KGSt (2014): Leitbild Bürgerkommune. Entwicklungschancen und Umsetzungsstrategie, Köln – nicht online
- Kiel (2013): Eckpunktepapier zur BürgerInnen-Kommune - <https://ratsinfo.kiel.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=15854&options=4>
- Klöti, Tanja/Matthias Drilling (2014): „Warum eigentlich Partizipation?“ - [http://zora-cep.ch/cmsfiles/ZORA\\_Forschungsbericht\\_FHNW-ISS\\_Nov2014\\_def\\_1.pdf](http://zora-cep.ch/cmsfiles/ZORA_Forschungsbericht_FHNW-ISS_Nov2014_def_1.pdf)
- Knauer, Raingard/Sturzenhecker, Benedikt 2005: Partizipation im Jugendalter, in: Hafener, Benno; Jansen, Mechthild; Niebling, Torsten (Hrsg.): Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen, Opladen, S.63-93. - <http://www.kinder-beteiligen.de/dnld/partizipationimjugendalter.pdf>
- Linder, Wolf/Adrian Vatter (1996) – Kriterien zur Evaluation von Partizipationsverfahren - <http://www.igp.uni-stuttgart.de/publika/pdf/beteiligen.pdf>
- Lüttringhaus, Maria (2009): Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer - Grundvoraussetzungen für Aktivierung und Partizipation – [https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag\\_luettringhaus\\_091009.pdf](https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_luettringhaus_091009.pdf)
- Magistrat der Stadt Wien (2012): Praxishandbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln - <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008273.pdf>
- Martini, Mario/Fritzsche, Sakia (2015): Kompendium Online-Bürgerbeteiligung. Rechtliche Rahmenbedingungen kommunaler Beteiligungsangebote im Internet - [http://www.bay-innovationsstiftung.de/fileadmin/docs/OBB/Online\\_Buergerbeteiligung.pdf](http://www.bay-innovationsstiftung.de/fileadmin/docs/OBB/Online_Buergerbeteiligung.pdf)
- Mauch, Siegfried (2014): Bürgerbeteiligung. Führen und Steuern von Beteiligungsprozessen, Stuttgart – nicht online erhältlich
- Mehr Demokratie (2012): Bürgerentscheide und Bürgerbeteiligung bei Großprojekten - [http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Themen19\\_Grossprojekte.pdf](http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Themen19_Grossprojekte.pdf)
- Nanz, Patrizia / Miriam Fritzsche (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung, Bonn - [http://www.slpb.de/fileadmin/media/Publikationen/Ebooks/Handbuch\\_Buergerbeteiligung.pdf](http://www.slpb.de/fileadmin/media/Publikationen/Ebooks/Handbuch_Buergerbeteiligung.pdf)
- Netzwerk Bürgerbeteiligung (2013) - Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung. 10 Anforderungen an eine gute Bürgerbeteiligung – [http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/Qualita%CC%88tskriterien/nwbb\\_qualitaetskriterien\\_stand\\_februar2013.pdf](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/Qualita%CC%88tskriterien/nwbb_qualitaetskriterien_stand_februar2013.pdf)
- Niedersächsische Staatskanzlei/Stadt Osnabrück/Landkreis Osnabrück (2002): Gute Praxis Standards für die Bürgerbeteiligung in Kommunen - [http://www.pro-herten.de/dl/Bericht\\_Gute\\_Praxis\\_Standards.pdf](http://www.pro-herten.de/dl/Bericht_Gute_Praxis_Standards.pdf)
- ÖGUT - Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (2005): Das Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Zukunft gemeinsam gestalten - [http://www.oegut.at/downloads/pdf/part\\_hb-oeff-beteiligung.pdf](http://www.oegut.at/downloads/pdf/part_hb-oeff-beteiligung.pdf)
- Oppermann, Bettina/Kerstin Langer (2002): Die Qualität partizipativer und kooperativer Projekte in der Technikfolgenabschätzung - <http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2004/1722/pdf/ab226.pdf>
- Potsdam (2014): Potsdam mitgestalten: Modellprojekt Strukturierte Bürgerbeteiligung 1. Jahresbericht - [http://buergerbeteiligung.potsdam.de/sites/default/files/documents/jahresbericht\\_2014\\_-\\_buergerbeteiligung\\_in\\_potsdam\\_online.pdf](http://buergerbeteiligung.potsdam.de/sites/default/files/documents/jahresbericht_2014_-_buergerbeteiligung_in_potsdam_online.pdf)
- Ramboll Management Consulting GmbH (2014) - Strategischer Dialog Partizipation in Forschung und Innovation – nicht mehr online erhältlich

Rösener, Britta/Klaus Selle (2007): Mit Planungskultur zur Baukultur. Zwölf Grundsätze zur Gestaltung kommunikativer Prozesse, in: PlanerIn 6-2007, S. 12-14 - [http://www.srl.de/dateien/dokumente/de/B4\\_PlanerIn\\_6-2007\\_Roesener\\_Selle.pdf](http://www.srl.de/dateien/dokumente/de/B4_PlanerIn_6-2007_Roesener_Selle.pdf)

Roth, Roland (2014): Bürgerhaushalte international – Was können wir aus den weltweiten Erfahrungen mit Bürgerhaushalten lernen? - [http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter\\_beaerage/nbb\\_beaerag\\_roth\\_141105.pdf](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beaerage/nbb_beaerag_roth_141105.pdf)

RWE (2012); Akzeptanz für Großprojekte. Eine Standortbestimmung über Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung in Deutschland – <https://www.rwe.com/web/cms/mediablob/de/1716208/data/1701408/4/rwe/verantwortung/akzeptanzstudie/Akzeptanzstudie-als-PDF-herunterladen.pdf>

Selle, Klaus/ Britta Rösener (2003): Erfolg! Erfolg? Kriterien für »gute« und »schlechte« Kommunikation bei Planung und Projektentwicklung - [http://www.stadtbaukultur-nrw.de/site/assets/files/1347/kopland\\_dokumentation.pdf](http://www.stadtbaukultur-nrw.de/site/assets/files/1347/kopland_dokumentation.pdf)

Selle, Klaus (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus... Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte. Online Supplement 4 Handbücher Bürgerbeteiligung - [http://www.pt.rwth-aachen.de/files/dokumente/inprogress/supplement4\\_handbuecher.pdf](http://www.pt.rwth-aachen.de/files/dokumente/inprogress/supplement4_handbuecher.pdf)

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2011); Handbuch zur Partizipation, Berlin - [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale\\_stadt/partizipation/download/Handbuch\\_Partizipation.pdf](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf)

Staatsministerium Baden-Württemberg (2014): Leitfaden für eine neue Planungskultur, Stuttgart - [http://mitwirkung.bw21.de/Downloads/140304\\_Planungsleitfaden.pdf](http://mitwirkung.bw21.de/Downloads/140304_Planungsleitfaden.pdf)

Städtetag Baden-Württemberg (2012) - Hinweise und Empfehlungen zur Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik - [http://www.staedtetag-bw.de/media/custom/1198\\_71253\\_1.PDF](http://www.staedtetag-bw.de/media/custom/1198_71253_1.PDF)

STEG: Die Zehn Erfolgsfaktoren der Bürgerbeteiligung - <http://www.steg.de/leistungen/planung-und-entwicklung/stadtentwicklung-im-dialog.html>

Stiftung Zukunft Berlin (2012a): Bürgerschaftliche Mitverantwortung in Planungs- und Entscheidungsprozessen – nicht mehr online erhältlich

Stiftung Zukunft Berlin (2012b): Bürgerschaftliche Mitverantwortung. Zehn Grundsätze - [http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/Qualita%CC%88tskriterien/banthien\\_stiftung\\_zukunft\\_berlin\\_grundsaeetze\\_mitbeteiligung.pdf](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/Qualita%CC%88tskriterien/banthien_stiftung_zukunft_berlin_grundsaeetze_mitbeteiligung.pdf)

Thewes, Christoph/Claudia Saalbach/Ulrich Kohler (2014): Bürgerbeteiligung bei umweltrelevanten Großprojekten. Der Beteiligungs-Bias als methodisches Instrument zur Bewertung von Beteiligungsverfahren, Potsdam - <http://www.uni-potsdam.de/soziologie-methoden/dokumente/lit/buergerbeteiligung14.pdf>

VDI (2015): VDI-Richtlinie 7000 – Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten, Düsseldorf – nicht online verfügbar; Infos unter <https://www.vdi.de/karriere/richtlinie-vdi-7000/>

Vetter, Angelika unter Mitarbeit von Ulmer, Frank (2014): Bürgerbeteiligung und Demokratie – ein Überblick - [http://allianz-fuer-beteiligung.de/fileadmin/Dokumente/Diskurspapiere/Vetter\\_Ulmer\\_Buergerbeteiligung\\_2013.pdf](http://allianz-fuer-beteiligung.de/fileadmin/Dokumente/Diskurspapiere/Vetter_Ulmer_Buergerbeteiligung_2013.pdf)

VwV Öffentlichkeitsbeteiligung (2014) - [https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/beteiligungsportal/StM/131217\\_VwV-Oeffentlichkeitsbeteiligung.pdf](https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/beteiligungsportal/StM/131217_VwV-Oeffentlichkeitsbeteiligung.pdf)

Waegerle, Lisa (2013): Der Blick über den Tellerrand: Lernen von Governance - Strukturen des Globalen Südens - <http://stadtwandel.wupperinst.org/fileadmin/redaktion/stadtwandel/downloads/vortraege/Waegerle.pdf>

Weber, Susanne (2003) - Zur Evaluation von Großgruppenverfahren am Beispiel regionaler Vernetzung - <http://www.die-bonn.de/doks/weber0301.pdf>

Wulfhorst, Reinhard (2013): Konsequenzen aus »Stuttgart 21«: Vorschläge zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung - [http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/1\\_2013/wulfhorst\\_reinhard.pdf](http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/1_2013/wulfhorst_reinhard.pdf)

Zinser (2014): Wo Beteiligung drauf steht muss sie auch drin sein! Qualitätsstandards von Beteiligung in der Jugendarbeit, in: Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Sammlung der Beiträge der zweiten nationalen Konferenz zur non-formalen Bildung im Kinder-und Jugendbereich - [http://www.snj.public.lu/sites/default/files/publications/Brochure\\_Etudes\\_et\\_conferences -  
\\_Partizipation vo Kindern und Jugendlichen 0.pdf](http://www.snj.public.lu/sites/default/files/publications/Brochure_Etudes_et_conferences_-_Partizipation_vo_Kindern_und_Jugendlichen_0.pdf)